

Mitgliederzeitung der SP Schweiz

128 • CH Juni 2012 AZB 3001 Bern

Ex-Press

Abstimmen
nicht vergessen
3x Nein
am 17. Juni



Neue Ideen für Europa

Nach siebzehn Jahren ist die Linke in Frankreich wieder an der Macht. Wird der neue Präsident François Hollande die EU-Politik umkrempeln? Und werden die Sozialisten auch die noch anstehenden Parlamentswahlen gewinnen?

Seiten 2 und 3

GESPRÄCH



Exekutiv-Tagung zum Thema Migration: Der Winterthurer Sozialdirektor **Nicolas Galladé** über das Migrationspapier und die Zuwanderung in seiner Stadt.

Seiten 4 und 5

DEBATTE



Innerhalb welcher Strukturen soll in der SP **Gleichstellungspolitik** gemacht werden? Dazu werden am 23. Juni in Basel die Delegierten befragt.

Seite 6

POSITIONEN



«Nein zum Abbau der IV»: Rund fünfzig Behindertenorganisationen schliessen sich angesichts der jüngsten **IV-Revision** zu einem Komitee zusammen.

Seite 15

Notizen aus dem Wahlkampf

Nicole Castioni will ins französische Parlament. Für den Parti Socialiste kämpft die 53-jährige Genferin um den Sitz, der den in der Schweiz und Liechtenstein lebenden Französinnen und Franzosen in Paris zusteht.

Frau Castioni, wie fühlten Sie sich am Wahlabend, als Hollandes Sieg feststand?

Es war ein grosser Moment. Mein Team und ich erlebten es als tollen Erfolg, weil wir uns in einem sehr schwierigen Umfeld abrackerten. Die in die Schweiz wohnhafte französische Wählerschaft ist sehr bürgerlich geprägt. Hinzu kam die Diskussion darüber, ob die Auslandfranzösinen und -franzosen besteuert werden sollen. Sie löste eine regelrechte Psychose aus. Ohne Grund übrigens, denn von den 200 000 Französinnen und Franzosen in der Schweiz muss sich lediglich ein Prozent im Zusammenhang mit einer möglichen Revision des Steuergesetzes Gedanken machen.

Konnten Sie auf die Hilfe der Schweizer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zählen?

Die Genossinnen und Genossen in Genf, in Lausanne, in Freiburg und bei der Delegiertenversammlung in La Chaux-de-Fonds waren einfach toll. Wir konnten auf logistische Unterstützung zählen und Kontakte zu den vielen Doppelbürgerinnen in der Partei knüpfen. Es gibt gerade in der Romandie wenige Familien, in denen es nicht irgendwo Französinnen oder Franzosen gibt. Uns wurde klar, dass wir durch die Vermittlung von Schweizerinnen und Schweizern viele Leute erreichen können.

Die Parlamentswahlen sind die nächste Etappe. Wie sieht es für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Ausland aus?

Unter den verschiedenen Verbänden der französischen Sozialisten gibt es einen etwas exotischen, der die elf Wahlbezirke der Auslandfranzösinen und -franzosen abdeckt. Dazu gehöre auch ich, die ich um die Vertretung der Schweiz und Liechtensteins kämpfe. Man muss wissen, dass die Bürgerlichen noch unter Sarkozy die Wahlbezirke im Ausland nach ihren eigenen Interessen eingeteilt haben. Deshalb sind diese manchmal etwas seltsam zu-



Nicole Castioni an einer Veranstaltung mit François Hollande in Paris.

sammengesetzt. Beispielsweise bilden Spanien und Portugal zusammen mit Monaco einen Wahlbezirk, weil das Fürstentum eine Festung der UMP ist. Sarkozy kam hier auf einen Wähleranteil von 95 Prozent. Von den elf ausländischen Wahlbezirken sind uns wohl nur jene im Maghreb, in Deutschland und in den osteuropäischen Ländern sicher.

Und die Schweiz?

Ehrlich gesagt wäre ein Wunder nötig, damit wir gewinnen. In der Schweiz holte Sarkozy über 60 Prozent der Stimmen. Wir können bloss hoffen, dass man Hollande auch ermöglicht zu regieren. Bisher ist dies in der 5. Republik noch immer so gewesen. Trotzdem bleiben wir besser realistisch: Mir ist sehr wohl bewusst, dass meine Chancen nicht allzu gross sind! (Lacht.)

Wie ist Ihre Kampagne aufgebaut?

In Frankreich tragen die Kandidierenden die Kosten ihrer Kampagnen selber. Ich habe 35 000 Euro ausgeliehen. Für mich ist das eine beträchtliche Summe. Deshalb will ich unbedingt mindestens fünf Prozent der Stimmen erreichen, damit der Staat mir die Kosten für meine Kampagne zurückerstattet. Von diesen 35 000 Euro investiere ich einen Teil ins Material: Flugblätter, Plakate, Telefone, Computer. Ausserdem habe ich einen Kommunikationsexperten engagiert. Denn die Kampagne spielt sich vor allem in den Medien ab. Wir sind im

Internet, in den sozialen Netzwerken und mit einem Blog präsent. Diese Kommunikationsmittel wurden von Profis aufgebaut und werden jetzt von Freiwilligen unterhalten. Wir sind so oft als möglich unterwegs und begeben uns in jene Regionen, in denen französische Bürgerinnen und Bürger wohnen.

Welche Themen sprechen die Französinnen und Franzosen in der Schweiz an?

Mir ist das Bild der Französinnen und Franzosen im Ausland, insbesondere in der Schweiz, wichtig. Sie gelten als stinkreiche Profiteure, dieses Image möchte ich ändern. Dann ist da natürlich die Frage der Besteuerung von Auslandfranzösinen und -franzosen. Andere wichtige Themen sind die Arbeitslosigkeit, die Wirtschaft und die Prekarität. Wenn ich nach Paris gewählt werde, erwartet man von mir, dass ich mich vor allem um innerfranzösische Probleme kümmere. Ich möchte jedoch auch Erfahrungen einbringen, die ich in der Schweiz gesammelt habe. Etwa mit Behinderten: Ich denke, dass die Schweiz hier voraus ist. Dann gibt es Themen, die mich besonders betreffen und in denen ich mich gut auskenne, wie etwa Eineltern-Familien oder Gewalt gegen Frauen.

Was wird sich in Ihrem Leben ändern, wenn Sie ins französische Parlament gewählt werden?

Sollte es dazu kommen, werde ich mich vor allem einmal organisieren müssen. Ich werde natürlich auch viel mehr reisen. Vor allem aber wäre ich sehr, sehr stolz, eine so grosse Verantwortung übernehmen zu dürfen. Zwei Jahre sind verstrichen, seit ich mich in dieses Abenteuer gestürzt habe. Und je näher die Wahlen rücken, umso mehr steigt meine Begeisterung. Ganz ehrlich gesagt: Ich glaube, ich bin bereit.

Interview: Jean-Yves Gentil

AUSLANDFRANZÖSINNEN INS PARLAMENT

Erstmals haben im Ausland lebende Französinnen und Franzosen die Möglichkeit, eigene Abgeordnete in die Assemblée Nationale, das französische Parlament, zu wählen. Von den insgesamt 577 Sitzen fällt einer auf den Wahlkreis

Schweiz-Liechtenstein. Insgesamt 21 Kandidierende bewerben sich in den beiden Wahlgängen vom 10. und 17. Juni um diesen. Nicole Castioni ist die einzige Kandidatin des Parti Socialiste im Wahlkreis Schweiz-Liechtenstein.

Endlich ein Alternativprogramm

Seit dem Einzug François Hollandes in den Elysée-Palast wird in Europa endlich die Spar-Ideologie in Frage gestellt, die den angeschlagenen Volkswirtschaften jede Wachstumsperspektive raubt.

Neun europäische Regierungen sind seit dem Ausbruch der Euro-Krise von den Wählerinnen und Wählern abgewählt worden; abgestraft, weil die Menschen nicht daran glaubten, dass es irgendwann wieder aufwärts gehen könnte. Mit der Abwahl von Nicolas Sarkozy am 6. Mai ist aber nicht einfach ein weiterer Staatschef in die Wüste geschickt worden. Der umtriebige Franzose verkörperte zusammen mit der Kanzlerin in Berlin die Krisenpolitik. Als «Merkozy» verschrieben Sarkozy und Angela Merkel der Europäischen Union als Medikament gegen die Krise auf Teufel komm raus eine Austeritätspolitik mit Schuldenbremse und Staatsabbau.

François Hollande machte bereits im Wahlkampf klar, dass er in Brüssel für einen wirtschaftspolitischen Richtungswechsel kämpfen würde. Bereits bei seinem ersten Auftritt im Kreise der europäischen Staats- und Regierungschefs dann verlangte er eine Wachstumsdebatte. Jetzt ist sie lanciert.

Sparkurs verhindert Aufschwung

Mit dem Ruf nach Eurobonds, also einer Europäisierung der Staatsschulden der Mitgliedstaaten, forderte er Merkel direkt heraus. Endlich wird in Europa der bisherige Kurs hinterfragt. Dem seit Margaret Thatcher geltenden neoliberalen Credo, wonach es keinen anderen Weg gibt – «There is no alternative!» oder kurz TINA –, wagen seit dem Machtwechsel in Paris jetzt endlich vermehrt PolitikerInnen und ÖkonomInnen zu widersprechen.

Dabei nimmt Hollande mit seinen Ideen keineswegs eine Radikalposition ein: Er anerkennt, dass mehrere europäische Staaten ihre Schulden in den kommenden Jahren massiv reduzieren müssen. Es soll kein «Weiter wie vor der Krise» geben. Aber wie «Merkozy» eine umgehende Schuldenreduktion zu fordern, wenn in nicht weniger als acht EU-Mitgliedstaaten die Jugendarbeitslosigkeit bei über 30 Prozent liegt, ist nicht nur sozialpolitisch skandalös, sondern auch ökonomisch wider jede Logik. Griechen, Spanierinnen und Portugiesen erfahren momentan, wohin dieser Teufelskreis führt: in neue Sparprogramme, die die Wirtschaft weiter schrumpfen lassen. Das wiederum lässt die Defizite steigen und animiert damit die Sparpropheten zu neuen Kürzungen. Und dann beginnt wieder alles von vorn.

Von Hollande jetzt über Nacht einen Kurswechsel um 180 Grad zu erwarten, wäre naiv. Die neoliberalen Hardliner werden sich – trotz katastrophaler Bilanz ihrer Rezepte – nicht so schnell geschlagen geben. Jene progressiven Kräfte, die den südeuropäischen Staaten einen realistischen Ausweg aus der Rezessionsspirale bieten möchten, werden mit dem neuen französischen Präsidenten kämpfen müssen.

Schweiz wöhnt sich auf Erfolgskurs

Dass die EU und insbesondere der Euroraum wieder aus der aktuellen Misere herausfindet, ist auch für die Schweiz von vitaler Bedeutung. Eine Normalisierung der Währungssituation, also ein Ende des massiv überbewerteten Frankens, wird erst Realität werden, wenn die Welt wieder neues Vertrauen in den Euro setzt. Wenn manche EuropakritikerInnen hierzu-land jetzt selbstgefällig Genugtuung darüber äussern, dass wir weiterhin eine eigene Währung haben, zeugt das vor allem von Unkenntnis der Situation.

Das gilt ebenso für die Überschätzung der Schuldenbremse in der Schweiz: Die positive Entwicklung des Bundeshaushaltes ist der über viele Jahre guten Konjunkturlage geschuldet. Die effektive Krisentauglichkeit der schweizerischen Schuldenbremse, die gerne als Exportschlager übersteigert wird, ist keineswegs bewiesen. Was sich beweisen lässt, ist eine sinkende staatliche Investitionstätigkeit aufgrund des engen Korsetts der Schuldenbremse. Und wenn über Jahre Investitionen in Infrastruktur oder Bildung vernachlässigt werden, rächt sich das über kurz oder lang.

Eine Politik, die sich stur darauf beschränkt, die Staatsquote zu senken und um jeden Preis ein staatliches Budgetdefizit zu verhindern, zahlt sich natürlich auch in Ländern mit vergleichsweise tiefer Arbeitslosigkeit und zumindest moderatem Wachstum wie der Schweiz nicht aus. Ein neuer Diskurs in der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik ist darum auch hier willkommen.



Stefan Hostettler

ist politischer Fachsekretär der SP Schweiz und Generalsekretär a. i.

Anmeldungen Parteitag

Anmeldefrist für Delegierte des Parteitags vom 8. und 9. September in Lugano ist der **Montag, 25. Juni 2012**. Anmeldung werden per E-Mail oder Fax entgegengenommen: 031 329 69 70 parteitag-anmeldung@spschweiz.ch.

Achtung: Nur die Sektionen sind berechtigt, Delegierte zu melden. Diese können sich nicht selber anmelden! Dasselbe gilt für die bereits gemeldeten DV-Delegierten – auch diese sind nicht automatisch für den Parteitag angemeldet.

Die definitive Einladung mit sämtlichen antragsberechtigten Papieren wird am 9./10. Juli nur an die angemeldeten Delegierten verschickt.

Zusätzliche DV im Dezember

Am 1. Dezember 2012 findet eine zusätzliche Delegiertenversammlung statt. Der Durchführungsort ist noch nicht bekannt.

Öffentliche Krankenkasse

Zusammen mit dem Trägerverein «Für eine öffentliche Krankenkasse» hat die SP am 23. Mai die Krankenkassen-Initiative mit 116377 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Herzlichen Dank allen, die mitgesammelt haben!



STANDPUNKT



Stefan Hostettler
Generalsekretär a. i.

Thilo erobert erneut den Stammtisch

Schlimm stünde es um die gelebte Demokratie, würde um politische Ideen und konkrete Lösungskonzepte für aktuelle Herausforderungen nicht mehr öffentlich gerungen. Für eine direkte Demokratie, die ihre BürgerInnen mehrfach pro Jahr an die Urnen ruft, gilt das umso mehr. Selbst wenn sich zuweilen der eine oder die andere in Ton oder Thema vergreift, profitiert davon immer die politische Öffentlichkeit. Und sei es nur von einem schlechten Beispiel.

Und wie steht es mit der zweiten Polit-Polemik von Thilo Sarrazin innert zweier Jahre, mit seinem neuen Buch «Europa braucht den Euro nicht»? Der deutsche Sozialdemokrat und Ökonom, der schon mit seinen fragwürdigen Thesen über die Intelligenz von Muslimen die Partei gegen sich aufbrachte, hat zu währungspolitischen Fragen aufgrund seiner Karriere diesmal zumindest etwas zu sagen. Dass Sarrazin auf das offizielle «Verteidigt den Euro!»-Credo mit einem Abschaffungsauftritt kontert, belebt die Diskussion. Wie bei manchem «Weltwoche»-Artikel kommt jedoch der Eindruck auf, hier versuche einer einen Tabubruch um des Tabubruchs willen. Dazu passt das Eingeständnis Sarrazins, seine Lektorin habe mit «erstaunter Enttäuschung» darauf reagiert, dass er die Griechen nicht (noch) mehr in die Pfanne haue. Dazu passt weiter, dass Interviews schon geschaltet sowie Fernsehdiskussionen zum Buch prominent gesendet wurden, bevor dieses zu kaufen war.

Vor allem aber bedient Thilo Sarrazin trotz der fast schon differenzierten Griechenland-Schelte den deutschen Stammtisch. Er tut dies etwa mit der Behauptung, er bringe endlich die Wahrheit ans Licht, die von den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern gerne unter Verschluss gehalten werde: vermeintliche Enthüllungen gegen das Meinungsdictat der «Classe politique».

Eigentlich wäre es nur eine weitere Debatte, wie sie zur Demokratie gehört. Stossend ist, wenn der Publizität willen zwischen den Zeilen chauvinistische Gefühle und nationalistische Überheblichkeit bedient werden. Das ist Gift für die Solidarität, die Europa gerade in der Krise braucht. Die richtige Antwort auf Sarrazin? Mehr Debatten darüber, wie die EuropäerInnen gemeinsam der Marktideologie und der Macht der Finanzmärkte die Stirn bieten können.

«Wir müssen die

An einer Tagung haben SP-Exekutivpolitiker aus der ganzen Schweiz ihre Erfahrungen mit dem Thema Migration ausgetauscht und über das Migrationspapier der SP Schweiz diskutiert. «links» hat den Winterthurer Stadtrat Nicolas Galladé am Rande dieser Tagung zum Gespräch getroffen. Interview: Andrea Bauer

Wie wirkt der Entwurf des Migrationspapiers auf dich als Exekutivpolitiker?

Es enthält viele gute Aspekte und es ist gut, dass die SP über Migration diskutiert. Wichtig ist die Problemanalyse – wie wir mit Zuwanderung und Wachstum umgehen, und merken, dass der Hebel bei Raumplanung, Wohnbau, flankierenden Massnahmen, Arbeitsbedingungen, der Bildungs- oder Steuerpolitik liegt. Das Papier ist etwas gar umfassend und viele Themen werden vermischt – Integration, Migration, Asyl. Der Status quo wird zu negativ bewertet, die Tonalität ist zu pessimistisch. Wir befinden uns in einer sehr guten Situation, verfügen über eine hohe Lebensqualität. Das Papier vermittelt aber zu stark die durchaus vorhandenen Risiken und Schattenseiten. Problematisch finde ich die Gleichsetzung von Standort- und Steuerpolitik: Standortpolitik, wie wir sie definieren, umfasst viel mehr als Steuerpolitik. Firmen und Menschen ziehen nicht primär wegen der Steuern nach Zürich oder Winterthur, sondern wegen des guten Angebots an Kultur und Bildung, wegen des guten Betreuungsangebots oder unseres hervorragenden S-Bahn-Systems. Wir müssten doch sagen: Unsere Standortattraktivität basiert auf guten Leistungen und einer hohen Lebensqualität. Und dafür braucht es die entsprechenden Steuermittel.

Exekutivpolitiker sind ja die Pragmatiker unter den Politikern. Wie wirst du bei deiner täglichen Arbeit mit dem Thema Migration konfrontiert?

Wenn es Schwierigkeiten gibt, müssen Lösungen her, das gilt für alle Themen. Bezogen auf den Asylbereich heisst das: Ihr müsst hundert zusätzliche Asylbewerbende unterbringen. Wenn der Bund es nicht schafft, Bundeszentren einzurichten, und der Kanton keine kantonalen Zentren will, sind wir als Gemeinde das letzte Glied in der Kette. Wir müssen für Asylsuchende jene Wohnmöglichkeiten bereitstellen, die uns schon für Leute mit geringem Budget fehlen. Als Exekutivmitglied geht man realitätsbezogen an die Sache heran. Das unterscheidet sich schon von einer eher parteitaktischen Sicht – für die ich durchaus auch Verständnis habe.

Wie erlebst du das im Alltag: Ist Migration ein Anliegen, das die Leute beschäftigt?

Wenn man Asylunterkünfte suchen muss, ist das in den betroffenen Quartieren jeweils ein Thema. Die Erfahrung zeigt aber, dass sich das jeweils gut einpendelt. Dann gibt es das Thema Zuwanderung – ob aus der Nachbargemeinde oder aus dem Ausland, spielt keine Rolle: Grundsätzlich ist es ein gutes Zeichen, wenn Leute zuziehen. Es zeugt von Attraktivität und hoher Lebensqualität. Letztlich entsteht dadurch aber auch Druck, auf den Wohnraum oder Grünflächen. Und es verändert die Stadt. Das Wachstum und der Wandel bereiten den Leuten ein Stück weit Sorgen, das merke ich.

Wie gehst du mit diesen Sorgen um?

Wichtig ist, dass man sie ernst nimmt. Gleichzeitig muss man aber darauf hinweisen, dass es bei allen Schwierigkeiten besser ist, das Wachstum zu gestalten, als nur noch die Abwan-

«Firmen und Menschen ziehen nicht primär wegen der Steuern nach Zürich oder Winterthur.»

derung verwalten zu können. In den 80er- und 90er-Jahren verloren wir mit der Deindustrialisierung in Winterthur massiv Arbeitsplätze, damit war auch ein grosser Bevölkerungsrückgang verbunden. Eine solche Situation ist noch viel schwieriger, denn da hat man gar keinen Hebel mehr. Jetzt wachsen wir wieder – wenn auch schneller, als wir wollen. Wir müssen aufzeigen, dass Wachstum und Wandel Chancen sein können, wenn wir sie sozialverträglich und ökologisch nachhaltig gestalten.

Bringt dir als Exekutivpolitiker ein Papier zum Thema Migration überhaupt noch etwas?

Ja, sicher. Bei der Lektüre lernte ich einiges, ich setzte mich mit dem Thema auseinander. Ich konnte mich mit anderen Exekutivpolitikerinnen und -politikern austauschen. Wichtig ist, dass verschiedene Sichtweisen einfließen. Schlussendlich geht es aber darum, was man damit macht. Verabschieden wir das Papier, machen ein Paket mit zwölf Vorstössen im Nationalrat und haben das Gefühl, wir hätten Politik gemacht? Oder überlegen wir, wie wir

Leute mitnehmen»



«Grundsätzlich ist es ein gutes Zeichen, wenn Leute zuziehen. Es zeugt von Attraktivität und hoher Lebensqualität», sagt der Winterthurer Sozialdirektor Nicolas Galladé.

unsere Antworten unter die Leute bringen und Koalitionen schmieden? Parteipolitik ist das eine und das ist wichtig, aber am Ende müssen

wir auch Konzepte entwickeln, die mehrheitsfähig und umsetzbar sind.

Nicolas Galladé, 37, ist seit 2010 Mitglied der Winterthurer Stadtregierung und Vorsteher des Departements Soziales. Davor arbeitete er während sieben Jahren im Bereich Kampagnen/Kommunikation/Medien bei der SP Schweiz.

An der Exekutivtagung hat sich gezeigt, dass es beim Thema Migration sehr unterschiedliche Sichtweisen gibt, gerade auch der unterschiedlichen Herkunft der Teilnehmenden wegen ... In der Innerschweiz sieht es anders aus als in Grossräumen wie Genf, Basel, Zürich. Dass man im Bündnerland, wo man in einzelnen Tälern mit Abwanderung zu kämpfen hat, das

sogenannte Wachstumsproblem eher als Luxusdiskussion empfindet, kann ich nachvollziehen. Dieser Vielfalt muss das Papier gerecht werden.

Wie sieht Migration in Winterthur aus?

Jährlich wächst die Bevölkerung um etwa 1500 Personen. Für sie müssen wir Infrastrukturen bereitstellen. Das kostet und verändert die Stadt, was den Leuten auch Sorgen macht. Es ist aber die bessere Situation als vor fünfzehn Jahren, als wir in einer depressiven Phase waren. Grundsätzlich sind Wachstum, Zuwanderung und die Ansiedelung von Arbeitsplätzen eine gute Sache – das kommt für mich im Migrationspapier zu negativ und pessimistisch rüber. Aber es muss in geordneten Bahnen passieren. Wir brauchen Instrumente, um das Wachstum zu gestalten. Und die müssen wir politisch einfordern. Gerade als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen wir die Leute mitnehmen, damit sie den Veränderungen nicht mit Ängsten begegnen, sondern wissen, dass wir sie miteinander positiv gestalten können. Es ist für uns die historische Chance, unsere Forderungen bezüglich Raumplanung, Siedlungsentwicklung oder der überfälligen Mehrwertabschöpfung einbringen und durchsetzen zu können. Wenn wir von der 10- oder 15-Millionen-Schweiz reden, denken wir zu kurz. Das ist wie wenn Ulrich Schlüer den Zuwachs der Muslime in einem kurzfristigen Zeitraum extrapoliert und auf 144 Prozent Muslime im Jahr 2050 kommt. Am Schluss leben wir immer in grossräumigen Zyklen. Ich denke, die Zeit wird kommen, in der wir eine Abflachung und einen Rückgang der Zuwanderung haben. Und daran zurückdenken, was das für Luxusdiskussionen waren über die Wachstumsproblematik.

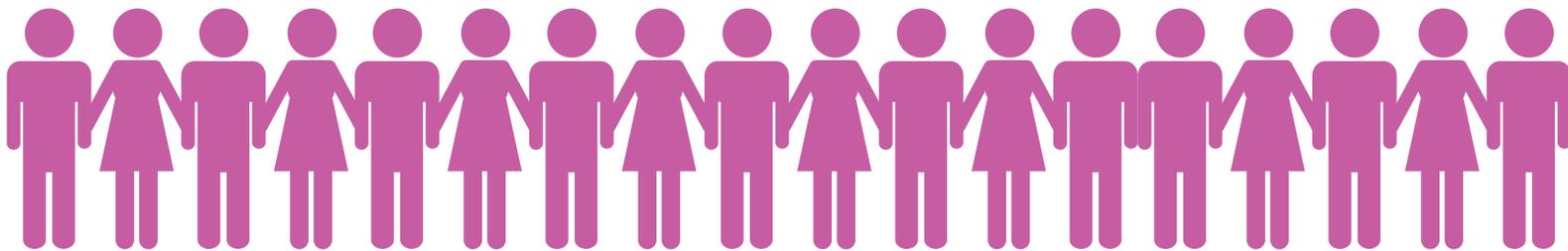
Dreamtime Travel in Baden bietet weltweit erste, komplett «Fair Trade» zertifizierte Reisen an. Mit dem Gütesiegel «Fair Trade in Tourismus Südafrika» wurden erstmals Tourismusbetriebe anhand der internationalen «Fair Trade» Richtlinien ausgezeichnet.

Setzen Sie ein Zeichen und berücksichtigen Sie eine Tourismusform in Einklang mit der Bevölkerung und der Natur.



Mehr Details finden Sie unter www.fairreisen.ch Dreamtime Travel AG · 5401 Baden · 056 410 0101

dreamtime
TRAUMZIELE TRAUMREISEN



Wohin mit der Gleichstellung?

Vor rund einem Jahr stellte eine Gruppe von mehrheitlich jüngeren Frauen und Männern die Forderung nach einer neuen Gleichstellungspolitik innerhalb der SP. Die SP Schweiz schiebe die Gleichstellungspolitik an die SP Frauen ab, von der sie sich nicht vertreten fühlten, lautete ihre Hauptkritik. An der Delegiertenversammlung im Juni 2011 beantragte

die Gruppe die Rückweisung des Reglements der SP Frauen. Man einigte sich darauf, die Verabschiedung des Papiers auszusetzen und das Thema in der Partei zu diskutieren. Seit Anfang Jahr haben sich interessierte Männer und Frauen an zwei Tagungen getroffen. Aus den Resultaten dieser Tagungen hat die Geschäftsleitung einen Vorschlag erarbeitet, über

den die Delegierten am 23. Juni in Basel befinden können. Die Hauptforderung des Antrags: Es soll einen Gleichstellungsrat geben, der die Gleichstellungspolitik in der Partei koordiniert.

«links» hat eine Vertreterin der SP Frauen und zwei Mitglieder der Gruppe, welche die Diskussion initiiert hat, um eine Stellungnahme gebeten:

Die SP Frauen war nie ein Gleichstellungsmantel

Aus irgendeinem Grund kamen junge Genossinnen und Genossen auf die Idee, alle Fragen zum Thema Gleichstellung habe die SP an ihre Frauenstruktur delegiert. Die Männer könnten sich nicht zu Gleichstellungsfragen äussern. Das war nie die Meinung, weder die der SP Frauen noch die der Partei. Sonst hätte die Partei kaum einen Masterplan zur Gleichstellung erarbeitet oder Gender Mainstreaming eingesetzt.

Die SP Frauen setzt sich für Frauenanliegen ein, wir betreiben anwaltschaftlichen Feminismus. Wir bieten Frauen die Möglichkeit, sich zu vernetzen und eine politische Heimat zu finden, die politische Agenda mit Frauenthemen zu besetzen, politische Fragen aus Sicht der Frauen zu beleuchten.

Frauen hinterfragen seit Jahrzehnten ihre Rolle, diskutieren über Erwartungen und die Bereitschaft, diese zu erfüllen. Männer haben das nie im gleichen Ausmass gemacht. Vielleicht müssen sie es auch nicht, denn noch immer richtet sich vieles in unserer Gesellschaft danach, wie die Männer es tun, wir Frauen sind dann jeweils «das andere».

Wir Frauen brauchen meist mehr Bestätigung und Raum, um uns zu stärken und zu hinterfragen. Wer schon versucht hat, eine Wahlliste zu füllen, weiss, dass sich Frauen kaum selber melden.

Es gibt viele Gebiete, in denen wir Frauen noch aufholen müssen, nicht nur beim Lohn und den Stellen in den Chefetagen.

Für mich ist die Diskussion zur Gleichstellung, wie sie heute in der Partei geführt wird, eine Chance. Ich begrüsse, dass die Frage der



Gleichstellung an die Menschenrechte geknüpft wird, und finde es gut, dass Frauen und Männer gemeinsam diese Frage angehen wollen. Ich bin überzeugt, dass wir uns in sehr vielen Punkten

einig sein werden. Gleichstellung ist aber ein sehr intellektuelles Konstrukt. Ein Gleichstellungsrat, wie er vorgeschlagen wird, muss sich zuerst bewähren. Gleichzeitig kann er durch die SP Frauen, die sich um frauenspezifische Anliegen kümmern, entlastet werden. Sie müssen dafür innerhalb der Partei auf gleicher Stufe angesiedelt sein. Eine Zusammenarbeit ist selbstverständlich.

Es gibt viele Frauen, die sagen, die SP Frauen sei ihre politische Heimat. Wenn einmal viele Frauen und Männer sagen, der Gleichstellungsrat sei ihre politische Heimat, dann können wir die SP Frauen vermutlich abschaffen. Vorher wäre es aber sehr gefährlich, denn ohne Engagement von uns Frauen selber drohen den Frauen wieder Rückschritt und Marginalisierung.

Barbara Stalder Ritschard

Gleichstellung gehört in die Mitte linker Politik

Im letzten Jahr hat innerhalb der SP eine intensive Debatte um die zukünftige Gleichstellungspolitik unserer Partei stattgefunden. Offenbar teilen viele Genossinnen und Genossen die Ansicht, dass in der Gleichstellungspolitik der SP etwas gehen kann und muss. Viele

junge Männer und Frauen trafen sich mit Vertreterinnen der SP Frauen und diskutierten gemeinsam, wie es weitergehen könnte. Dabei wurde schnell klar: Gleichstellung betrifft beide Geschlechter und alle Generationen. Und vor allem: Gleichstellung gehört ins Herz der Politik unserer Partei. Niemand will, dass die Gesamtpartei die Verantwortung dafür länger an die SP Frauen delegiert.

Als Instrument für eine moderne Gestaltung der SP-Gleichstellungspolitik schlagen wir darum den «Gleichstellungsrat» vor. Dieser soll, zusammengesetzt aus Männern und Frauen jeden Alters und geleitet von einem Co-Präsidium, unsere Politik in Gleichstellungsfragen gestalten und steuern, aber auch konkret, z.B. mit Kampagnen, umsetzen. Wir sind der Überzeugung, dass wir es nur dann schaffen, eine wirkungsvolle Gleichstellungspolitik zu entfalten, wenn die Mittel gebündelt werden und eine einheitliche



Strategie alle gleichstellungspolitischen Projekte umfasst. Darum soll der Gleichstellungsrat auch die vorhandenen Ressourcen den verschiedenen Projekten zuweisen und die gleichstellungspolitischen Vertretungen in den Gremien der SP übernehmen.

Diese Idee wird von der Geschäftsleitung in ihrem Antrag zwar übernommen, faktisch aber belässt er alles beim Alten und schafft

im besten Falle ein Wirrwarr, weil die Frage nach der Verteilung der Kompetenzen und Ressourcen mit dem Vorschlag der GL offen gelassen wird.

Gehen wir den eingeschlagenen Weg weiter! Schaffen wir einen Gleichstellungsrat, der durchsetzungstark ist und sich konsequent für eine fortschrittliche Gleichstellung einsetzt. Es gibt noch viel zu erkämpfen!

Wir wollen nicht, dass Gleichstellung weiterhin auf dem Abstellgleis dahindümpelt. Wir wollen eine Bewegung für eine Gesellschaft schaffen, in der das Geschlecht keine Rolle mehr spielt. Wir wollen Gleichstellung wieder dahin bringen, wo sie hingehört: In die Mitte linker Politik. Auf die politische Agenda, und zwar ganz nach oben.

Tanja Walliser und Marco Kistler

10 Gründe gegen die Managed-Care-Vorlage

Das Managed-Care-Gesetz, über das wir am 17. Juni abstimmen, ist überflüssig und setzt falsche Anreize, die sich letztlich zu Ungunsten der Kranken auswirken werden. Zehn Gründe, warum wir es ablehnen sollten.

1. Das Gesetz ist überflüssig: Die Hausarztmedizin steht bereits in einem Strukturwandel. Immer mehr ÄrztInnen schliessen sich zu einem Netzwerk zusammen und immer mehr Versicherte wählen diese Versorgungsform.

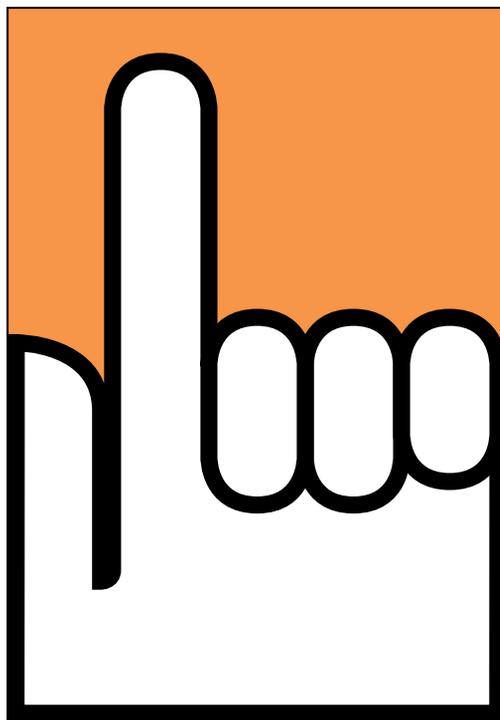
2. Das Gesetz führt kaum zu echten Einsparungen: Die Einsparungen der heutigen Netzwerke basieren auf Leistungseinsparungen und starker Risikoselektion. Zudem steigen mit diesem Gesetz die Kosten für den administrativen Aufwand.

3. Das Gesetz stärkt die Macht der Kassen: Das Gesetz führt die Vertragsfreiheit ein, was den Kassen erlaubt, die Kosten der Ärztenetze zu vergleichen und nur die billigsten unter Vertrag zu nehmen. Die Kassen haben keine Angebotspflicht: Sie müssen keine Managed-Care-Versicherung anbieten, wenn sie kein Netz unter Vertrag nehmen wollen.

4. Das Gesetz ermöglicht Knebelverträge: Wer sich für ein Netzwerk entscheidet, kann verpflichtet werden, bis zu 3 Jahre in diesem zu bleiben. Die Prämie richtet sich nach der Vertragsdauer. Ein vorzeitiger Austritt ist nur gegen ein Lösegeld möglich, dessen Höhe gesetzlich nicht limitiert ist.

5. Das Gesetz verteuert die freie Arztwahl: Mit einem höheren Selbstbehalt will das Gesetz Versicherte strafen, die nicht in ein Netzwerk gehen. Gerade chronisch Kranke werden sich aber kaum für den Wechsel in ein Ärztenetzwerk entscheiden. Sie haben meist ein eigenes Netz von Vertrauens-ÄrztInnen, die kaum in dasselbe oder möglicherweise in gar kein Netz gehen werden.

6. Das Gesetz erlaubt dem Bundesrat, den Selbstbehalt weiter zu erhöhen: Der Bundesrat will, dass innert 3 bis 5 Jahren 60% der



Bevölkerung Managed-Care-versichert sind. Andernfalls kann er den Selbstbehalt weiter hinaufschrauben.

7. Das Gesetz verpflichtet die Netzwerke zur Budget(mit)verantwortung: Das schafft Anreize zur Minimierung der Kosten und kann zur Verweigerung notwendiger Leistungen führen. Die Kassen vereinbaren mit dem Netzwerk ein jährliches Budget- oder Sparziel. Eine Spargrenze gibt das Gesetz nicht vor. Unterschreitet das Netz das Ziel, wird es am Gewinn beteiligt. Überschreitet es dieses, muss es den Verlust mittragen. ÄrztInnen haben so immer die Kos-

tenscher im Hinterkopf. Damit droht eine Billigmedizin, was faktisch auf eine Rationierung hinausläuft.

8. Das Gesetz fördert die Verlagerung der Risikoselektion von den Krankenkassen auf die Netzwerk-ÄrztInnen: Die Vorlage verspricht die Verfeinerung des Risikoausgleichs unter den Kassen. Doch dafür braucht es dieses neue Gesetz nicht. Im Gegenteil: Die Vorlage verlagert die Risikoselektion weg von den Kassen hin zu den Ärztenetzen. Eine Kasse umschreibt ihre Pläne deutlich: «Die Verträge mit mässig performenden Managed-Care-Anbietern werden gekündigt und die Kunden in die besseren (= billigeren) Ärztenetze gesteuert.»

9. Die Vorlage schränkt die Wahlfreiheit viel weitgehender ein, als man heute argumentiert: Die Netzwerke können Exklusivverträge mit Heimen und Spitalern eingehen. Wer pflegebedürftig wird, muss in das Heim oder Spital gehen, mit welchem sein Netzwerk einen Vertrag hat. Und auch dieses steht unter der Budgetverantwortung des Netzes.

10. Das Gesetz lässt Geheimhaltungsvereinbarungen zwischen Kassen und Netzwerken zu: So verspricht etwa der Vertrag einer grossen Krankenkasse einem Netzwerk die Übernahme der Kosten für die Ausbildung ärztlicher Manager sowie ein Entgelt für die «Beeinflussung der politischen Rahmenbedingungen zur Förderung von Managed Care mit Budgetmitverantwortung». Finanziert wird das alles mit Prämiegeldern. Gleichzeitig verlangt die Krankenkasse die «Geheimhaltung» der Vereinbarungen und Geschäftsergebnisse.



Bea Heim
ist Nationalrätin SO

NEIN ZUR INITIATIVE «EIGENE VIER WÄNDE DANK BAUSPAREN»

Die Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» verlangt die obligatorische Einführung des Bausparens. Einzelpersonen sollen jährlich während zehn Jahren 10 000 Franken, Paare 20 000 Franken von den Steuern abziehen können, um Geld für ein Haus zu sparen. Bundesrat, Nationalrat sowie die meisten Kantone lehnen die Initiative ab. Sie kommt nur den Gutverdienenden zugute und ist ungerecht all jenen gegenüber, die sich kein Wohneigentum leisten können. Und sie führt zu massiven Steuerausfällen. Der Erwerb von Wohneigentum wird zudem durch Vorbezugsmöglichkeiten aus den Säulen 2 und 3a bereits gefördert.

NEIN ZUR INITIATIVE «STAATSVERTRÄGE VORS VOLK»

Die Initiative «Staatsverträge vors Volk» verlangt, dass Staatsverträge, die «wichtige Bereiche» betreffen, dem Volk vorgelegt werden. Bereits heute verlangen bedeutende Staatsverträge zwingend eine Volksabstimmung. Über alle anderen umstrittenen Verträge kann dank dem fakultativen Referendum ebenfalls eine Volksabstimmung verlangt werden. Eine Annahme der Initiative würde zu Rechtsunsicherheit führen, was schlecht für die Verhandlungsposition der Schweiz wäre. Ausserdem müsste auch über unbestrittene Vorlagen abgestimmt werden, was viel Leerlauf produzieren würde.

DEMO

STOPP DER MENSCHENVERACHTENDEN
MIGRATIONSPOLITIK

SAMSTAG * 23. JUNI 2012 * BERN

14.30 UHR
BESAMMLUNG
SCHÜTZENMATTE

15.00 UHR
AUFTAKTKUNDGEBUNG

15.30 UHR
ABMARSCH DEMO

17.00 UHR
ABSCHLUSSKUNDGEBUNG
BUNDESPLATZ

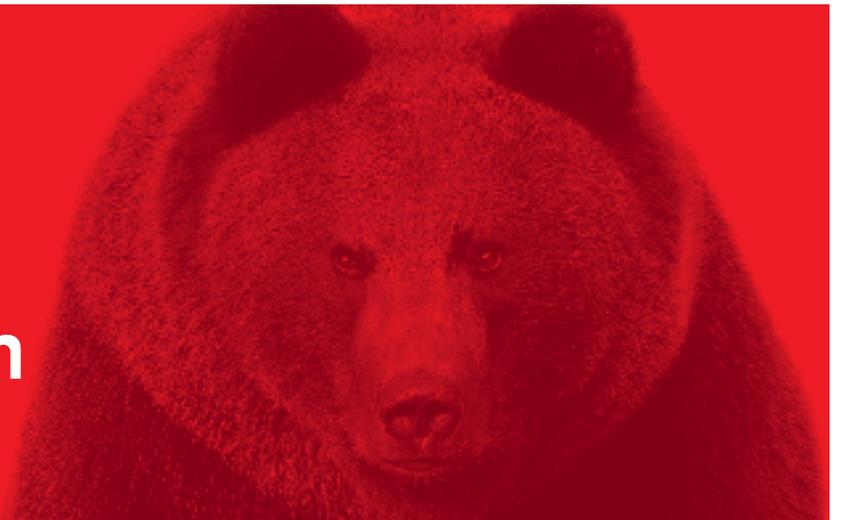
18.00 UHR
ENDE DEMO

EUROPÄISCHER MARSCH
FÜR EINE OFFENE MIGRATIONSPOLITIK
SAMSTAG 23. JUNI 2012



WWW.ASYL.CH

Seit 100 Jahren bärenstark für den Service Public.



Der Bernische Staatspersonalverband (BSPV) vertritt seit 100 Jahren die Angestellten des Kantons Bern. Engagiert, solidarisch und zukunftsorientiert kämpfen wir für fortschrittliche Arbeitsbedingungen, faire Löhne und sichere Renten. Fast 7000 Mitglieder stark, feiert der BSPV dieses Jahr sein 100. Jubiläum.

Treten auch Sie bei!

100 jahre
BSPV



www.bspv.ch

Der starke Personalverband

REITSCHULE

Das wilde Kind von Bern

Für die einen ständiger Stein des Anstosses, für die andern Wahrzeichen für Jugendkultur und Lebensqualität: Die Reitschule ist das wilde Kind von Bern. Seit Regierungsstatthalter Christoph Lerch Massnahmen verfügt hat, um die Lärmbelastung zu reduzieren, ist sie erneut in aller Munde.

Wer am 5. Mai die Zeitung aufschlug, staunte nicht schlecht. Zum einen über die strengen Verfügungen, die Christoph Lerch gegen die Reitschule verhängte. Zum andern aber auch über die harsche Kritik, auch aus Reihen der SP und JUSO, die unmittelbar darauf folgte. Für die SP sind zwei Dinge wichtig. Erstens: Sie verurteilt den zum Teil primitiven Stil der Kritik an Christoph Lerch aufs Schärfste. Zweitens: Sie teilt die Haltung des Regierungsstatthalteramts inhaltlich zum grössten Teil nicht.

Reitschule: ein Fall für die Politik

Seit es die Reitschule gibt, streitet man sich über sie. Allein in diesem Jahr hat der Stadtrat sechs Mal über die Reitschule diskutiert – ohne etwas zu beschliessen –, im letzten Jahr waren es 15 Mal. Es scheint, als würden die Bürgerlichen nicht müde, die Reitschule wieder und wieder zu kritisieren und schlechtzureden. Viel genützt hat es nicht: die Bevölkerung hat sich in jeder der fünf Volksabstimmungen, die die Reitschule abschaffen, abreißen, in ein Parking umwandeln oder an den Meistbietenden

verkaufen wollten, klar hinter das autonome Kultur- und Begegnungszentrum gestellt.

Tatsache ist: die Reitschule ist das grösste Jugend- und Kulturzentrum der Stadt Bern und übernimmt wichtige sozialpolitische Aufgaben. An den Wochenenden versammeln sich in der Reitschule und auf dem Vorplatz hunderte, manchmal tausende von Menschen, um Konzerte, Filme, Partys oder ein Theater zu besuchen oder einfach auch nur, um einen der letzten Freiräume ohne Konsumzwang zu erleben. Ohne gewisse offene Fragen in Bezug auf die Sicherheit beschönigen zu wollen, muss man vor diesem Hintergrund doch immer wieder festhalten: die Reitschule hat ein beachtliches Kulturangebot und sie hat ihre AktivistInnen und Gäste in den allermeisten Fällen im Griff.

Schwierige Auflagen

Der Hintergrund der neuerlichen Debatte ist ein juristischer. 81 Lärmklagen gegen die Reitschule gingen im letzten Jahr beim Regierungsstatthalteramt ein. Da ein Nachtlebenkonzept,

auf das sich der Regierungsstatthalter hätte stützen können, bisher aussteht, bildet das kantonale Gastroggesetz die Grundlage für den Entscheid.

Dass der Regierungsstatthalter in der schwierigen aktuellen Debatte um Reitschule und Nachtleben entschieden hat, anerkennt die SP. Was er entschieden hat, stuft sie als schwierig bis nicht umsetzbar ein. Positiv ist, dass die Cafete in die Betriebsbewilligung aufgenommen und damit legalisiert wird. Ob es sinnvoll ist, dass die Vorplatzbar ab 0.30 Uhr keine Getränke mehr verkaufen darf – darüber kann man sich streiten. Als problematisch stuft die SP Stadt Bern den Entscheid ein, dass nach dem Zapfenstreich alle konsumierenden Gäste ins Innere des Gebäudes zu verweisen sind. Zwar hat Christoph Lerch diesen Punkt im Nachhinein präzisiert und festgehalten, dass Personen, die ihre Getränke selbst mitbringen, auf dem Vorplatz bleiben dürfen und die Wegweisungspflicht der Reitschule lediglich in der Aufforderung bestehe, ihr Bier auszutrinken und ins Innere der Reitschule zu gehen. Doch auch diese Forderung hält die SP für problematisch, weil sie bei grossen Menschenaufkommen schlicht nicht umsetzbar ist und mehr Sicherheitsprobleme verursachen als lösen würde. Zudem ist ein belebter Vorplatz eine wichtige Massnahme gegen die Bildung einer Drogenszene.

Wohnen vs. Nachtleben

Der Statthalter-Entscheid zur Reitschule hat zwei Dinge offenbart. Erstens: Die geltenden Gesetze sind veraltet und untauglich, um aktuelle Probleme zu lösen; sie werden im Fall der Reitschule niemandem gerecht, würde dies doch bedeuten, dass die Reitschule gleich behandelt wird wie eine kleine Bar in der unteren Altstadt.

Zweitens: Der Ball liegt nun bei der Politik. Wir brauchen ein Konzept, wie Nachtleben und Wohnen in der Stadt organisiert und unter einen Hut gebracht werden. Einfach ist das nicht, das hat zuletzt die Diskussion zur Bauordnung 2006 gezeigt. Aber es ist machbar und notwendig. Nur mit einer klaren Haltung von Stadt- und Gemeinderat kann das Vakuum gefüllt werden, das sich in diesem Konflikt so überdeutlich gezeigt hat.



Gleich zu behandeln wie eine kleine Bar in der unteren Altstadt? Die Reitschule von Bern.



Annette Lehmann
und **Leyla Gül**
Präsidentin und
Vizepräsidentin
der SP/JUSO-Fraktion
des Stadtrats



SPITZE FEDER

Der unantastbare Fleck Bern

Sie ist in aller Munde, wer sie angreift, verbrennt an ihr die Finger: Die Reitschule, auch liebevoll «dr Schandfleck vo Bärn» genannt.



Diesmal sind es die Finger des Genossen Christoph Lerch, die verbrannt wurden. Ich bin sicher, dass sein

Entschluss unabhängig von seiner politischen Farbe fiel, doch müssen wir uns klar von seiner Entscheidung distanzieren.

Lärmbeschwerden vs. Kulturleben: Wenn wir uns für eine Politik «Stadt für alle statt für wenige» einsetzen, müssen wir uns der Verhältnismässigkeit bewusst sein.

Ja zur Person Lerch, Nein zur Anordnung des Regierungstatthalters, der in diesem Falle als Opfer der Umstände und der Machtspiele anderer gesehen werden kann, die noch mehr Angst vor dem Feuer haben – wie zum Beispiel der Gemeinderat...

Die Reitschule ist anders – wer das nicht sieht, hätte 2010 besser Ja zu marktkonformer «Schliessung und Verkauf» stimmen sollen.

Was wir fordern, ist ein Lex Reitschule – eine Regelung, die der Reitschule ihren Sonderstatus ermöglicht; eine Legalisierung der Situation auf dem Vorplatz, da hier Gesetze in krasser Diskrepanz zur Realität stehen.

Anstatt uns deswegen zu kritisieren und uns unseren Ausgang mit Repressionen zu vermiesen, seid stolz; und denkt mal 20, 30 Jahre zurück. Wart ihr anders?

Herzlichst in Rot

Michelle Stirnimann,
Co-Präsidentin JUSO Kanton Bern,
Gymnasiastin

Michael Stahl



Ein Botschafter für den Kanton Bern: Regierungspräsident und Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher

«Bern ist eine Schweiz im Kleinen»

Seit Anfang Juni ist SP-Regierungsrat Andreas Rickenbacher Berner Regierungspräsident. «links» hat mit ihm über seine Ziele im Präsidentschaftsjahr 2012/13 gesprochen.

Andreas, herzliche Gratulation zu deiner Wahl!

Vielen Dank, ich freue mich sehr auf diese neue Aufgabe.

Welche Ziele hast du für «dein» Jahr?

Ich möchte drei Schwerpunkte setzen. Erstens will ich zusammen mit meinen Regierungs-Kolleginnen und -Kollegen Botschafter für unseren schönen Kanton sein. Bern ist kein Kanton wie jeder andere, er ist eine «Schweiz im Kleinen». Dieses Verständnis will ich fördern – nach aussen, aber auch nach innen.

Wieso eine «Schweiz im Kleinen»?

Wir sind wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich eine Art «Swissminiatur»: Wir haben viele starke KMU und einzelne Grossunternehmen. Wir sind der grösste Industriestandort der Schweiz, aber auch ein Landwirtschafts- und Tourismuskanton – und dank der Hauptstadtreion das politische Zentrum. Als landwirtschaftlich vielfältiger Kanton bie-

ten wir Rückzugsgebiete für die Natur, unser Engagement für die Bewahrung der Biodiversität ist für das ganze Land wichtig. Zudem sind wir ein multikultureller Kanton mit einer französischsprachigen Minderheit und bilden eine der grossen Konfliktlinien der Schweiz ab: Den wachsenden Graben zwischen Stadt und Land.

Weshalb ist dieses Verständnis des Kantons Bern so wichtig?

Unser Kanton hat in der Schweiz eine spezielle Rolle zu spielen – als Brücke zwischen den sprachlichen Kulturen und zwischen Stadt und Land. Man kann ihn nicht einfach mit flächenmässig kleinen Zentrumsantonen vergleichen.

«Unser Kanton hat in der Schweiz eine spezielle Rolle zu spielen.»

Oder mit solchen, die eine eidgenössisch finanzierte ETH und einen interkontinentalen Flughafen haben.

Du spielst auf den Finanzausgleich an?

Auch, ja. Mit all den Diskussionen über Berner Stärken und Schwächen dürfen wir nicht den Zusammenhalt unserer Willensnation gefährden.

Apropos Zusammenhalt: Die Zusammenarbeit zwischen Regierung

und Parlament gestaltet sich mitunter schwierig ...

Als früherer Grossrat weiss ich, dass das Verhältnis selten einfach ist, unabhängig von den politischen Mehrheiten. Parlament und Regierung haben unterschiedliche Funktionen und Verantwortlichkeiten. Nach sechs Jahren rot-grüner Mehrheit in der Regierung und bürgerlicher Dominanz im Grossen Rat sind die Fronten verhärtet. Diese aufzuweichen – das ist mein zweites Ziel als Regierungspräsident. Das politische Räderwerk darf nicht verzahnen!

Wie willst du das schaffen?

Ich will den Kontakt pflegen und das gegenseitige Verständnis fördern. Es ist legitim, dass das Parlament versucht, seine Politik durchzusetzen. Aber der Grosse Rat muss respektieren, dass wir als Regierung den Spielraum im Rahmen der Gewaltenteilung ebenfalls nutzen. Auch der Regierungsrat wird vom Volk gewählt. Mit der anstehenden Parlamentsreform bietet sich eine gute Möglichkeit, ein bisschen Öl ins Räderwerk zu träufeln.

Und dein drittes Ziel?

Als Regierungspräsident will ich im Gremium ein Klima schaffen, das konstruktive Diskussionen zulässt und es uns ermöglicht, Lösungen für die anstehenden – grossen – Herausforderungen zu finden.

ENGAGIERTE DISKUSSIONEN ZUM MIGRATIONSPAPIER

Konkreter und radikaler!

«Wichtig ist, dass wir innerhalb der Partei eine breite Debatte führen», forderte Marina Carobbio, Vizepräsidentin der SP Schweiz, in der April-Ausgabe des links. Vor rund zwei Monaten also wurde die erste Fassung des umfassenden Positionspapiers zur Migrationspolitik der Parteibasis überwiesen. Den Medien blieb nur die Möglichkeit, ein paar populäre Inhalte herauszugreifen – die Chance, sich wirklich einzubringen, hatten hingegen die Sektionen, Gruppierungen und Kantonalparteien. Auch in den Kantonen Baselland und Basel-Stadt trafen sich Interessierte, nahmen sich das 63 Seiten starke Papier zur Brust, studierten die 25 Feststellungen und die 149 bereits formulierten Forderungen. Danach traf man sich zu engagierten Diskussionen. Kritik – aber auch Lob – waren so vielfältig wie die Zusammensetzung der Gruppen bunt. Viel Beifall erntete das Positionspapier für die Verknüpfung der Migrationsthematik mit der Wirtschaftspolitik. Dieser direkte Zusammenhang, der von anderen Parteien oft negiert oder verschwiegen wird, ist hier endlich unmissverständlich dargelegt.

Eine wichtige Leistung der SP Schweiz! Damit wird auch aufgezeigt, wie klein der Anteil ist, den das Asylwesen an der Einwanderung in die Schweiz hat: gerade mal 2%. In den Diskussionen wurde dennoch deutlich, dass viele Genossinnen und Genossen eine stärkere Gewichtung und ein Neudenken der Asylpolitik im Rahmen des Positionspapiers wünschen.

Was fehlt?

Die Themen «Integration von älteren MigrantInnen» und «Frühförderung» fehlen im Positionspapier praktisch ganz – auch diese dürfen nicht vergessen gehen. Den verwirrenden Paragraphen- und Verfahrensdschungel, auf den MigrantInnen bei einem Einbürgerungsverfahren stossen, gilt es zu lichten und die Kosten so weit zu dämpfen, dass es für alle finanziell möglich ist, sich einbürgern zu lassen. Kritisiert wurde in den Arbeitsgruppen der SP BL und BS auch, dass die vehemente Forderung nach dem Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer als zentrale Integrationsmassnahme fehlt. Einige fanden, die

von der SP Schweiz formulierten Forderungen blieben allgemein zu vage. So werde der dezidierte Positionsbezug verpasst und das Profil verwässert. Auch im Bereich der Integrationsmassnahmen, die man von der Wirtschaft fordern will, sei Konkretisierungspotenzial vorhanden. Die Diskussionen über die Integration führten zum Teil zu ganz gezielten Überlegungen wie: «Könnte die International School dazu verpflichtet werden, einen Teil des Unterrichts in der jeweiligen Landessprache abzuhalten?» oder «Mit welchen Massnahmen können die Unternehmen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration verbessern?» Solche Fragen hatten in den Arbeitsgruppen genauso Platz wie Grundsatzdiskussionen: «Jeder Mensch ist gleich viel wert! – wieso kommt diese entscheidende Feststellung aus dem Papier zu wenig heraus? Muss sie überhaupt in diesem Rahmen (erneut) festgehalten werden?», «Ist es nicht unfair, dass von MigrantInnen aus dem EU-Raum nicht die gleichen Integrationsanstrengungen wie von anderen EinwanderInnen gefordert werden?», «Wieso über-

nimmt die SP Schweiz Begriffe wie «Wirtschaftsflüchtlinge» u.ä. von der politischen Rechten, ohne sie zu überdenken? Wieso formulieren wir nicht visionärer?» – oder: «Gerade bei der Asylthematik übernimmt das Positionspapier in Stil und Denkweise eine Sprache, die von SVP-lastigem Diskurs geprägt ist. Wir müssen einen anderen Stil finden!»

Wie weiter?

Aus den Sitzungen der Arbeitsgruppen heraus haben die SP BS und die SP BL Anträge an die SP Schweiz erarbeitet. Diese fliesen in die Beratung des Papiers im September am Parteitag ein. Andererseits ergaben sich auch Anhaltspunkte, die es auf kantonaler Ebene anzugehen gilt. Konkrete Beispiele dafür sind die Kontrolle der Vollzugsmassnahmen im Asylwesen, die Förderung des genossenschaftlichen Bauens, das Erlassen von Mindestlöhnen oder die Idee, mit Stipendien anstatt Sozialhilfe bessere Voraussetzungen für junge MigrantInnen zu schaffen. Die Kantonalparteien werden solche Themen nun konkret anpacken können. Klar ist: Die lebendig geführten Diskussionen waren nicht nur spannend, sondern auch ergebnisreich.

Wer sich in der SP thematisch engagieren will, findet in unseren Kantonalparteien die Möglichkeit, sich Sachgruppen oder projektbezogenen Arbeitsgruppen anzuschliessen.

Kontakt: info@sp-bl.ch resp. sekretariat@sp-bs.ch

Lisa Mathys
Parteisekretärin SP BL
und



Sarah Wyss
Co-Präsidentin Sachgruppe
Migration SP BS



© Klaus Rösch



Von der Migration zur Integration: TeilnehmerInnen an einem Integrationskurs.



Neuen Schwung für den Bezirk

Die 41-jährige Doris Schneider ist seit Januar die neue Präsidentin des Bezirks Kreuzlingen. Mit vielen Ideen startet sie ins Amt. Raya Badraun

Es ist im Herbst 2003, als Doris Schneider beschliesst, in die Politik zu gehen. Damals wird die Justizministerin Ruth Metzler, Bundesrätin seit 1999, bei den Bundesratswahlen abgewählt und durch Christoph Blocher ersetzt. «Ich bin wohl nicht die einzige Frau, die sich darüber aufgeregt hat.» Während andere Frauen fortan nur noch Geschlechtsgenossinnen wählen, gibt es für die Thurgauerin nur einen logischen Schritt: Schneider wird Genossin. Nach acht Jahren im Hintergrund ist sie seit diesem Jahr Präsidentin der SP des Bezirks Kreuzlingen. Eine Woche vor der ersten Sitzung sitzt Doris in einem Kreuzlinger Café. Die 41-Jährige wärmt sich ihre Finger an einer heissen Schoggi auf. Es ist ein besonders kalter Tag im Januar.

Ein ausgesprochenes Landei

Doris wuchs als Schwarzes Schaf in einer eher konservativen Arbeiterfamilie auf. Obwohl über Politik nur wenig gesprochen wurde, war klar, was man wählt. «So links wie ich bin, so rechts ist mein Bruder», bringt es Doris auf den Punkt. Dies führte dazu, dass Politik bei heutigen Familientreffen ausgeklammert wird. Mit 22 Jahren outete sie sich als Lesbe. «Auf dem Land kommt man schnell unter Beschuss», sagt Doris. Sie jedoch hatte Glück und wurde kaum angefeindet. Statt das übersichtliche Dorf durch die Anonymität der Stadt zu erset-

zen, blieb die junge Fotolaborantin im Thurgau. «Man kennt und hilft sich. Und mit dem Hund ist man schnell draussen, man kann ihn rennen lassen.» Sie nennt sich gar «ein ausgesprochenes Landei». Noch ohne Parteizugehörigkeit engagiert sich die junge Doris. An Kundgebungen setzt sie sich für die Rechte der Homosexuellen ein.

Eine vielbeschäftigte Töfffahrerin

Niemand soll ausgeschlossen werden. Das war ihr schon immer wichtig und ein Grund, warum sie 2003 Mitglied der SP wurde. Auch im Alltag steht sie auf, wenn Menschen in einen Topf geworfen werden. «Da kann ich zur Furie werden», sagt sie lachend. Auch grüne Themen interessieren sie, obwohl ihr Auto bei der Offroad-Initiative schlecht wegkommen würde. «Ich stehe dazu», sagt Doris. «Zum Auto und zum Töff.» In der Freizeit unternimmt sie viel, daneben arbeitet sie im Marketing. Der Job ist auch der Grund, warum sie sich dieses Jahr nicht für die Grossratswahlen aufstellen liess. Sie wolle nicht nur ein «Stützungskandidat» sein, sagt Doris. «Wenn ich mich aufstelle, dann will ich bereit sein, mich wählen zu lassen.» Dieses Jahr wäre es für die aktive Thurgauerin zu viel gewesen. «Vielleicht in vier Jahren?» Politik soll aber auch dann Nebensache bleiben. Das Zu-Hause-sein ist für sie wichtiger. Während sie unter der Woche am Abend für die SP arbeitet, gehört das Wochenende ihr und ihrer Partnerin. Seit 15 Jahren ist sie mit einer Kindergärtnerin liiert. Vor 10 Jahren kauften sie sich ein Haus in Zuben. Am Samstag arbeitet sie im Garten und renoviert kleinere und grös-

sere Sachen im über 100-jährigen Haus. Der Sonntag wird für Ausflüge freigehalten. «Wir haben viele Interessen. Manchmal wissen wir gar nicht, was wir nun tun sollen.» Doris lacht. Da wäre ihre 600ccm-Maschine, mit der sie Touren durch die Schweiz bis ins Südtirol unternimmt. Vor zwei Jahren fand sie auf ebay ein Holzkanu. Auf dem Bodensee startete sie im letzten Jahr die ersten Versuche, in diesem Sommer will sie eine grössere Tour unternehmen. Vielleicht kommt dann sogar ihr belgischer Schäferhund mit. Bisher beäugt er das schwankende Kanu noch etwas skeptisch.

Eine motivierte Politikerin

Bis es genug warm dafür ist, warten aber noch andere Projekte. Da sind die Grossratswahlen, wo sie im Wahlkomitee für die Werbemittel zuständig ist. Und natürlich die erste Sitzung als Präsidentin der Sektion Kreuzlingen. Im letzten Jahr nahm ihr Vorgänger sie mit und zeigte ihr alles. Ja hat sie aber erst gesagt, als andere ihr Hilfe zusagten. «Ich will Leute um mich, die mitziehen», sagt Doris. Die aktive Politikerin will neuen Schwung in den Bezirk bringen. Nach der ersten Sitzung bekomme ich ein Mail. Der Start ist geglückt und viele Ideen sind da. Für Sympathisanten und ehemalige Mitglieder der Sektion Altnau soll ein Stammtisch entstehen. Man will Veranstaltungen zu verschiedenen Themen wie Energiefragen und Strassen organisieren und ausländischen MitbürgerInnen die Möglichkeit bieten, in der Partei mitzuarbeiten. «Wir sind voll motiviert und freuen uns auf die Arbeit», schreibt Doris. Wenn sie etwas macht, dann richtig.

SCHWEIZERISCHE FLÜCHTLINGSHILFE

«Träumen darf man immer»

Die Kongolesin Bibiche Olenda Kuku flüchtete 1999 in die Schweiz. Heute arbeitet die Mutter von zwei Kindern als Pflegehelferin. Seit ihrer Kindheit träumt sie davon, Krankenschwester zu werden oder als Chauffeuse einen grossen öffentlichen Bus zu steuern.

In Bibiche Olenda Kukulus Stimme schwingt eine Portion Melancholie mit, wenn sie über ihre ersten Lebensjahrzehnte in Zaïre – der heutigen Demokratischen Republik Kongo – spricht: «Meine grosse Verwandtschaft und das gemeinschaftliche Leben fehlen mir sehr.» Ihr Vater hatte im Dienste der Regierung von Mobutu Sese Seko gestanden, die 1997 durch Laurent-Désiré Kabilas Rebellenarmee gestürzt wurde. Nach dem blutigen Machtwechsel kam es zu Enteignungen. Die Familie von Bibiche Olenda Kuku verlor ihr Hab und Gut und musste ihre Heimat verlassen. Seit 1999 lebt Bibiche Olenda Kuku in der Schweiz, wo sie auch ihren Ehemann, ebenfalls ein Kongolese, kennengelernt hat.

Jugendtraum verwirklicht

«Als Jugendliche war es mein sehnlichster Wunsch, einen weissen Kittel überzustreifen und als Krankenschwester in einem Spital zu arbeiten. Meine Mutter aber war mit meinem Berufsziel gar nicht einverstanden. Sie sagte mir, ich solle etwas ‚Richtiges‘ lernen.» Bibiche Olenda Kuku besuchte deshalb eine Handelsschule, die sie mit Erfolg abschloss. Doch ihr in Zaïre erworbenes Diplom wurde in der Schweiz nicht anerkannt.

Für Bibiche Olenda Kuku kein Grund, Mut und Zuversicht zu verlieren: «Ich stand zwar wieder bei Null, doch ich besann mich auf meinen Jugendtraum.» Mit Unterstützung des Vereins Profora Bejune absolvierte sie den Lehrgang Pflegehelferin SRK.

Heute ist Bibiche Olenda Kuku, die mit ihrer Familie in Biel lebt, im Neuenburger Pflegeheim «Les Charmettes» angestellt. Eine Beschäftigung, die ihr sehr entspricht. Dennoch hegt die zweifache Mutter weitere Berufspläne: «Ich würde gerne mehr Verantwortung übernehmen. Deshalb überlege ich mir, sobald es meine finanzielle Situation zulässt, die Ausbildung zur Fachfrau Gesundheit EFZ zu machen.» Und mit einem Lächeln auf ihren Lippen fügt sie an: «Mein anderer ganz grosser Berufswunsch ist es, Buschauffeuse zu sein. Die Vorstellung, einen Bus

durch Biel zu lenken, begeistert mich.» Dazu müsste sie allerdings den Schweizer Pass besitzen – eine hohe Hürde. «Aber träumen darf man ja immer.»

Unausgesprochene Vorurteile

Bibiche Olenda Kuku fühlt sich wohl in der ruhigen und sicheren Schweiz: «Ich schätze es sehr, dass ich hier ein neues Leben aufbauen kann.» Manchmal jedoch machen ihr die unausgesprochenen Vorurteile wegen ihrer Hautfarbe zu schaffen: «Es kommt vor, dass

Leute im Bus aufstehen, wenn ich mich neben sie setze, oder mir auf der Strasse einen finsternen Blick zuwerfen.» Sie versucht, darüber hinwegzuschauen, und freut sich über die Begegnungen mit zuvor-kommenden und offenen Menschen.

**FLÜCHTLINGSTAGE 2012**

«Ich musste alles zurücklassen. Ausser meiner Kompetenz»: Mit diesem Slogan wirbt Bibiche Olenda Kuku auf Plakaten zu den diesjährigen Flüchtlingstagen am **16., 17. und 20. Juni 2012** für die berufliche Integration und gesellschaftliche Akzeptanz von Flücht-

lingen in der Schweiz. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, das Bundesamt für Migration BFM und das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge UNHCR begehen die Tage auch dieses Jahr gemeinsam. Mehr Informationen: www.fluechtlingstage.ch



Michael Fankhauser,
Schweizerische
Flüchtlingshilfe SFH

FACHKOMMISSIONEN

Das Potenzial besser nutzen

Seit 43 Jahren bin ich in der SP und fast so lang auch in Programm- und Fachkommissionen tätig. Zuerst ging es dabei um Bildungspolitik, was meiner Berufs- und Behördentätigkeit entsprach. Seit einiger Zeit interessiere ich mich immer stärker für wirtschaftliche Zusammenhänge. Die Schweiz ist politisch ein Zwerg, als Finanzplatz und Standort grosser Konzerne aber ein recht einflussreicher Player und Nutzniesserin auf dem weiten Feld (oder im Dschungel?) der globalisierten Wirtschaft. Im «Zeitalter der Unübersichtlichkeit» ist es nicht einfach, die Vorgänge und Zusammenhänge noch zu verstehen, geschweige denn sie zu beeinflussen. Welchen Beitrag können da die Fachkommissionen leisten?

Fachverband mobilisieren

Jedes Parteimitglied kann in einer Fachkommission mitmachen. Man begegnet dort National- und StänderätInnen und Fachleuten aus Wissenschaft und Verwaltung, welche zu den jeweiligen Themen eingeladen werden.

Erfreulich ist, dass man oft Wissen aus erster Hand bekommt; in der Kommission Wirtschaft und Finanzen etwa von Vertreterinnen und Vertretern der Finanzmarktaufsicht (Finma), der Banken oder der Finanzwissenschaft. Schade ist, dass die Referate oft zu zahlreich und zu lang sind, sodass

kaum Zeit bleibt für Ergänzungen, Kritik und den Meinungsaustausch. Wirtschaftliche Probleme verdienen eine besondere Aufmerksamkeit, weil das Reservoir an einschlägigen Kompetenzen in der SP (wie übrigens in der ganzen Bevölkerung) eher spärlich ist.

Das Bundeshausghetto öffnen und die Agenda ausweiten

Die Bundespolitik ist eine Welt für sich. Das spürt man, wenn man das Bundeshaus betritt, wo die Sitzungen in der Regel stattfinden. Rein äusserlich zeigt sich die Abschottung vom «normalen Leben» bei der flughafenähnlichen Einlasskontrolle. Der Politikbetrieb hat seine Eigengesetzlichkeiten und wie alles Institutionelle neigt er dazu, sich zu wichtig zu nehmen. Fachkommissionen sind ein Korrektiv, indem sie Abgehobenheit mindern und BürgerInnennähe fördern. Das gelänge noch besser,

Fachkommissionen mindern die Abgehobenheit des Politikbetriebs und fördern BürgerInnennähe.

wenn die Mitglieder sich mit ihren Kompetenzen besser einbringen und die Agenda stärker beeinflussen könnten. Diese ist stark von den laufenden Gesetzgebungsverfahren bestimmt. Andere Probleme, und seien sie noch so schwerwiegend, bleiben ausgeblendet. Ein

solches ist etwa die Zersiedelung der Landschaft, unabhängig davon, ob die Kommissionen für Raumplanung, Umwelt und Energie und das Parlament sich gerade wieder einmal mehr oder weniger folgenlos damit befassen.

Empörung artikulieren und Mut machen

Spätestens seit Stéphane Hessels Buch wissen wir: Empörung ist angebracht. Dafür, so meine

Zu folgenden Themen existieren in der SP Schweiz Fachkommissionen:

- Aussenpolitik
- Friedens- und Sicherheitspolitik
- Landwirtschaftspolitik
- Migration und Integration
- Soziale Sicherheit und Gesundheit
- Staat und Recht
- Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität
- Umwelt, Energie und Raumplanung
- Verkehr und Fernmeldewesen
- Wirtschaft und Finanzen
- Wissenschaft, Bildung und Kultur

Einschätzung, sind Basismitglieder etwas besser disponiert als die ParteivorteilerInnen in Exekutive und Legislative. Parteien, die nicht bewahren, sondern verändern wollen, brauchen unzufriedene, ungeduldige Mitglieder, solche, die sich nicht abfinden mit der Diskrepanz zwischen den Idealen (einer gerechten und solidarischen Welt) und der Wirklichkeit (die eher Geldinteressen als dem politischen Gestaltungswillen folgt). Gesucht sind also empörte Parteimitglieder, auch in den Fachkommissionen. Damit sie etwas bewirken können, sollte die Arbeit so organisiert werden, dass das kritische und im besten Fall Mut machende Potenzial zur Geltung kommt.

Piratenpartei als Vorbild?

Wie wäre es, wenn man die Mittel des Internet vermehrt einsetzte? Könnten wir da von der Piratenpartei etwas lernen? Auch was die BürgerInnennähe der Politik betrifft? Ich schlage vor, eine offenere, basisnähere und internetbasierte Arbeit zumindest mit einer Fachkommission exemplarisch auszuprobieren.

Ruedi Jörg-Fromm
hätte nichts dagegen,
als empörter Alt-68er
bezeichnet zu werden.



Die meisten Fachkommissionssitzungen finden im Bundeshaus statt.

Nein zur IV-Revision 6b

Fast fünfzig Organisationen für Menschen mit einer Behinderung kämpfen im Verein «Nein zum Abbau der IV» gegen die jüngste IV-Revision. Ihr Ziel: Die vom Ständerat bereits beschlossenen Kürzungen bei den Invaliden- und Kinderrenten verhindern – wenn nötig mit dem Referendum.

Seit 2004 werden IV-Revisionen im Schnellzugstempo vollzogen. Diese Revisionen lösten Leistungskürzungen von 700 Millionen Franken pro Jahr aus. Auch wurde der Zugang zu Renten massiv erschwert. Menschen mit einer Behinderung haben ihren Teil zur Sanierung der IV beigetragen – mehr als für die Einzelnen erträglich. Die Schmerzgrenze ist erreicht.

IV-Revision 6b: inakzeptabel ...

Sie ist inakzeptabel, weil die Kürzung der IV-Renten mit dem neuen linearen Rentensystem Schwerbehinderte mit einem Invaliditätsgrad von über 60 Prozent trifft. Dazu kommt: Rund ein Viertel aller IV-RentnerInnen haben Kinder. Diese Kinder haben heute Anspruch auf eine Zusatzrente in der Höhe von 40 Prozent der Elternrente. Die Revision sieht neu eine Kürzung der Kinderrente auf 30 Prozent vor. Es darf nicht sein, dass Kinder, die bereits unter der Behinderung ihrer Eltern leiden, auch noch finanziell bestraft werden!

... und unnötig

Die IV-Revision 6b ist unnötig, weil sie finanzpolitisch über das Ziel hinausschiesst. Die vom

Bundesrat veröffentlichten Finanzperspektiven der IV zeigen, dass mit den bereits in Kraft gesetzten Sparmassnahmen der 4., der 5. und dem ersten Massnahmenpaket der 6. IV-Revision (6a) die Sanierung der IV erreicht werden kann. Das gilt nicht nur für den Zeitraum der IV-Zusatzfinanzierung 2011 bis 2017, sondern auch für die Zeit nach Ablauf der Mehrwertsteuererhöhung. Die aktualisierten Finanzperspektiven der IV des Bundesamtes für Sozialversicherungen vom 17. Mai 2012 bestätigen diesen Trend.

Keine Chance auf dem Arbeitsmarkt

Das neue lineare Rentensystem soll die berufliche Wiedereingliederung der Rentnerinnen und Rentner fördern und sogenannte Schwelleneffekte vermeiden. In der Theorie mag diese Idee bestechend scheinen. In der Praxis benachteiligt das neue System vor allem Personen mit einem grösseren Handicap, das heisst mit einem Invaliditätsgrad von über 60 Prozent. Ein IV-Rentner mit einem Invaliditätsgrad von 72 Prozent erhält gegenwärtig eine volle Rente von 1800 Franken pro Monat, was einem eher bescheidenen Einkommen entspricht. Mit der

Revision 6b würde ihm nur noch eine Rente von 72 Prozent oder 1296 Franken pro Monat zustehen. Dies bedeutet eine Einbusse von rund 500 Franken pro Monat, was bei einem so tiefen Einkommen einen enormen Einschnitt darstellt. Die Ausfälle sollen von den IV-BezügerInnen mit einer Teilzeitanstellung kompensiert werden. Doch seien wir ehrlich: Auf dem heutigen Arbeitsmarkt ist das illusorisch.

Bereit zum Referendum

Die Behindertenorganisationen sind sich einig: Die IV-Revision 6b ist nicht nötig. Ihre Notwendigkeit ist weder mit Fakten belegt, noch ist sie sozial vertretbar. Bereits heute sind etwa 40 Prozent aller IV-RentnerInnen auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Wird «IV 6b» Realität, wird diese Abhängigkeit massiv zunehmen.

Falls das Parlament die Vorlage in dieser Form verabschiedet, wird der Verein «Nein zum Abbau der IV» das Referendum ergreifen.

www.nein-zum-abbau-der-iv.ch



Daniel Pulver ist Präsident des Vereins «Nein zum Abbau der IV».

Eine Bilanz der jüngsten IV-Revisionen

Die IV leidet unter einem strukturellen Defizit. Oder anders gesagt: Sie ist seit etwa 15 Jahren ungenügend finanziert. Diese Spirale von Defiziten kann aber nur unter Kontrolle gebracht werden, wenn ein Gleichgewicht von Ausgaben und Einnahmen hergestellt wird. In den letzten zehn Jahren setzten die Bürgerlichen immer häufiger durch, dass die Solidarität mit Füßen getreten und vor allem Leistungen gekürzt wurden. Auf diese Weise wurde auf dem Buckel der Invaliden gespart. Mit der 4. IV-Revision, die am 1. Januar 2004 in Kraft trat, wurden die Zusatzrente für Ehepartner und die Härtefallrente gestrichen. Gleichzeitig wurde die sogenannte Dreiviertelsrente eingeführt, was einen Rückgang der gewichteten Renten zur Folge hatte.

Am 1. Januar 2008 trat die 5. IV-Revision in Kraft, welche von einem Geist des Abstrafens geprägt war. Bezeichnend dafür war die willkürliche Zielsetzung, die Zahl der Neurenten um 20 Prozent zu senken. Der Zugang zur IV-Rente wurde erschwert, die Mindestbeitragsdauer erhöht, die medizinischen Massnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung in die Krankenversicherung transferiert und der Karrierezuschlag gestrichen. Entgegen den Versprechungen, den Besitzstand zu wahren, wurden ausserdem die noch laufenden Zusatzrenten gestrichen. Die zweigeteilte 6. IV-Revision setzt diesen Abbau fort. Mit der auf Anfang Jahr in Kraft getretenen Revision 6a wurde die Bewilligungspraxis für Renten nochmals verschärft. Insbeson-

dere wurden die Renten zur Wiedereingliederung revidiert. Bereits wird über eine Revision 6b diskutiert. Dies obwohl die Auswirkungen der letzten Reformen noch gar nicht bekannt sind und sich eine Verbesserung der IV-Finzen am Horizont abzeichnet. Die Revision 6b ist ihrerseits ebenfalls zweigeteilt. Die Vorlage 2 betrifft einzig die Kostenvergütung stationärer Spitalaufenthalte. Sie wird in der Sommersession vom Parlament behandelt. Die Vorlage 1 wird dagegen derzeit von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit diskutiert und könnte in der Herbstsession in den Nationalrat kommen. Die Vorlage will ein neues lineares Rentensystem einführen, welches die Rentenbeträge substanziell verkleinern würde. Weiter sollen die Kinder-

renten von 40 auf 30 Prozent reduziert und die Rückerstattung von Reisekosten verringert werden. Ganz zu schweigen davon, dass die Anpassung der Renten an den Mischindex gefährdet ist.

All diese Abbaumassnahmen sind nach Ansicht der SP unverantwortlich. Es ist schlicht unverschäm, diese als sozial zumutbar zu bezeichnen, wenn man den Alltag invalider Menschen nicht kennt. Die SP wird die IV-Revision 6b deshalb entschieden bekämpfen – notfalls mit dem Referendum.



Valérie Werthmüller ist politische Fachsekretärin bei der SP Schweiz

KNALLROT

Yvonne Feri
ist Nationalrätin AG



Abtreibung ist eine private und selbstbestimmte Entscheidung jeder Frau!

Vor zehn Jahren ist in der Volksabstimmung vom 2. Juni 2002 die Fristenregelung mit über 72 Prozent Ja-Stimmen angenommen worden. Die Fristenregelung hat den Frauen das Recht auf einen eigenverantwortlichen Entscheid über den Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft gebracht. Es geht um Selbstbestimmung und das unveräusserliche Recht einer Frau zu entscheiden, ob sie zu einem bestimmten Zeitpunkt in ihrem Leben ein Kind bekommen möchte oder nicht.

Es gibt keinen hundertprozentigen Schutz vor einer unbeabsichtigten Schwangerschaft. Jede Frau trägt ein gewisses Risiko, ungeplant schwanger zu werden. So sind 60 Prozent der Abtreibungen auf ein Versagen der Verhütungsmittel zurückzuführen. Die Entkriminalisierung der Abtreibung hat die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nicht erhöht. Dafür wurde dem unwürdigen Abtreibungstourismus ein Riegel geschoben und das gesundheitliche Risiko für eine Abtreibung minimiert. Wird die finanzielle Hürde für eine Abtreibung erhöht, können nicht mehr alle Frauen frei über ihren eigenen Körper bestimmen. Ein Recht, das die Frauen nach langen Kämpfen errungen haben. Ein Recht, auf welches Frauen nicht verzichten werden und für dessen Erhalt wir mit Vehemenz kämpfen.

Wir engagieren uns zudem für eine Gesellschaft, in der die Gesundheit nicht vom Portemonnaie abhängt. Das beinhaltet auch, den Zugang zu Verhütung und Abtreibung zu haben, ohne durch finanzielle Barrieren behindert zu werden. Eine intensive Sexualaufklärung, eine einfach zugängliche Familienplanung und eine kostengünstige Verhütung befähigen zudem die Menschen – Männer und Frauen – im Bereich der Sexualität selbstverantwortliche Entscheide zu fällen.

Die SP und die SP Frauen Schweiz engagieren sich mit Vehemenz für den Erhalt der Fristenregelung und die Verhinderung von Rückschritten wie die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache». Und wir freuen uns, dass auch der Bundesrat dieses Anliegen stützt!

Ex-Press



Mit dem Essen spielt man nicht!

Wenn eine Milliarde Menschen auf der Welt hungern und die Nahrungsmittelpreise innert vier Jahren um 150 Prozent steigen, dann wird mit dem Leben der Schwächsten der Welt gespielt. Dann ist es an der Zeit zu sagen: Stoppen wir die Spekulation mit Nahrungsmitteln!

Nur ein Jahr nach Einreichung der 1:12-Initiative ist die Motivation in der JUSO und insbesondere unter den vielen engagierten Neumitgliedern gross, eine neue Initiative zu starten. Die JUSO hat deshalb im Mai 2012 beschlossen, der Geschäftsleitung den Auftrag zur Ausarbeitung einer Initiative für ein Verbot der Spekulation auf Nahrungsmittel zu geben. Die Forderung der Initiative ist einfach: Nahrungsmittelspekulation muss verboten werden, denn einige wenige machen damit auf Kosten aller anderen Milliardengewinne.

Der Reichtum einzelner Menschen führt dazu, dass sich der Finanzmarkt immer neue Betätigungsfelder erschliesst. So wird auch der Handel mit Agrarrohstoffen zunehmend der Spekulation unterworfen. Diese spekulativen Preissteigerungen sind nicht nur zutiefst ungerecht, sondern stellen für Millionen von Menschen eine existentielle Bedrohung dar.

Drehscheibe Schweiz

Doch was hat die Schweiz damit zu tun? Obwohl mit natürlichen Ressourcen nicht gesegnet, hat sie sich zu einem Hort zahlreicher Rohstoffhändlerinnen und Finanzspekulantinnen entwickelt. Anders als die Finanzbranche agiert die Rohstoffbranche aber sehr diskret – wer kennt schon die wichtigsten Genfer Agrarhandelshäuser ADM, Bunge, Cargill oder Dreyfus? Zusammen erwirtschaften sie mit

Getreide und Ölsaaten einen Umsatz von 290 Milliarden Dollar und kontrollieren drei Viertel des weltweiten Handels. Diese Agrarschwergewichte mit Sitz in der Schweiz sind die grossen Gewinner in diesem Spiel mit Hunger, das nur virtuell stattfindet (Containerschiffe voller

Vier Genfer Agrarhandelshäuser kontrollieren drei Viertel des weltweiten Handels mit Getreide und Ölsaaten.

Getreide sucht man vergeblich). Nebst den Agrarriesen verdienen aber auch Schweizer Finanzakteure wie Banken, Versicherungen und Pensionskassen am lohnenden Rohstoffhandel mit. Das gehandelte Produkt ist dabei Nebensache – Hauptsache, die Rendite stimmt.

Wenn hier ein paar wenige Milliardengewinne abzocken, muss es irgendwo Millionen von Menschen geben, die darunter leiden. Es liegt an uns, dieses Trauerspiel zu beenden. Mit unserer Initiative wollen wir die primitivste Form der modernen Profitmacherei unterbinden und die Schweiz zwingen, aus der Rohstoffspekulation auszusteigen.

Kristina Schüpbach
ist Zentralsekretärin
der JUSO Schweiz



GENOSSEN

Von Jean-Luc Perret, Co-Projektleiter des Basler Klimaweges und Mitglied der SP Basel-West.



Der Klimawandel und ich

Der Basler Klimaweg lädt Gross und Klein ein, sich spielerisch mit dem Thema Klimawandel auseinanderzusetzen.

Es gibt kaum jemanden, der heute noch ernsthaft am Klimawandel zweifelt. Wir machen uns Sorgen, wir wissen, was zu tun wäre – und trotzdem passiert kaum etwas. Der Basler Klimaweg spricht uns Mut zur Veränderung zu. Ausserdem ist er ein schöner und überraschender Spaziergang entlang der schweizerisch-deutschen Grenze vom Hörnli auf die Chrischona.

Der Weg vermittelt an 17 Stationen Informationen, Inspirationen und Denkanstösse zum Thema Klimawandel. Er soll weder belehren noch Ängste schüren, sondern aufzeigen, was Klimawandel hier und heute für uns bedeutet, welche Chancen dieser Wandel bietet und wie wir kreativ darauf reagieren können. Deshalb geht es bei rund der Hälfte der Stationen des Klimaweges nicht um Wissen, sondern um unsere Werthaltungen und um die Beweggründe unseres Handelns.

Kurz nach dem überwachsenen Eingangstor zum Klimaweg entdecken wir ein geheimnisvolles Labyrinth aus Ästen zwischen den Bäumen. Durch ein kleines, von Schulkindern kreativ markiertes Naturschutzgebiet geht es hoch auf den Hornfelsen, eine aussichtsreiche und doch weitgehend unbekanntes Felskanzel hoch über Basel. Vorbei

an Indras Netz und begleitet von Weisheiten aus tausenden Jahren Menschheitsgeschichte wandern wir weiter auf dem Dinkelberg in Richtung Chrischona.

Auf der Wippe suchen wir miteinander nach neuen Gleichgewichten. Später auf der Himmelsschaukel erleben wir, dass Freiheit und Glück manchmal ganz nahe sind, kein Geld kosten und kein Gramm Kohlendioxid verursachen. Es folgen eine überraschende Geschichte und ein Kunstwerk, das auch eine Spendenkasse für die Leidtragenden des Klimawandels ist. Als letzten Farbtupfer vor dem Heimweg haben wiederum Kinder ihre Zukunftswünsche kunstvoll auf Fahnen gemalt. Wie hiess schon wieder die chinesische Weisheit auf dem zwischen zwei Bäume gespannten Banner? «Selbst ein Weg von tausend Meilen beginnt mit dem ersten Schritt» – vielleicht gleich hinter dem Friedhof Hörnli?

Für den Klimaweg benötigt man rund einen halben Tag. Er eignet sich auch für Kinder. Start- und Endpunkt sind mit dem öV gut erreichbar (Bus 34, Rudolf Wackernagel-Strasse, bzw. Bus 32, Chrischona). Alle Informationen auf www.klimaweg.com

Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast? Schreibe ein Mail an

andrea.bauer@spschweiz.ch



Aus dem Zentralsekretariat

Auf gleich zwei Pascals kann das Sekretariat der SP Schweiz neu zählen:

Bereits seit Anfang Mai als Praktikant dabei ist **Pascal Bührig**. Der 20-Jährige kommt während seines Zwischenjahrs nach der Matura noch auf einen Sprung zur SP Schweiz zum «Jöbble» vorbei, wie er selber sagt. Er ist gespannt auf



seine politischen Tätigkeiten hinter der Alltagskulisse, mit denen er schon als JUSO-Praktikant erste Erfahrungen gesammelt hat. In der Abteilung Kampagnen und Kommunikation ist er für diverse Aufgaben zuständig und allzeit bereit – nur

der morgendliche Medienspiegel stellt sein (Nacht-)Leben nach wie vor auf den Kopf. Umso mehr freut er sich auf jede Geste der Dankbarkeit dafür! Ein erstes Projekt für die SP hat er ausserdem schon hinter sich gebracht: Zusammen mit Christian Götz, den er «El jefe» nennt, hat er die Einreichung der Initiative für eine öffentliche Krankenkasse erfolgreich organisiert.

Nach dem Praktikum wird Pascal ein VWL-Studium an der Uni Zürich beginnen. Für seinen Praktikumsplatz bedankt hat er sich bereits an der ersten Sekretariats-Sitzung – und gleich noch betont, als Linksabweichler empfinde er seinen Platz bei der SP als «Privileg».

Ab Juli arbeitet **Pascal Zwicky** als Projektleiter Themenmanagement im Zentralsekretariat der SP Schweiz. In dieser neu geschaffenen Funktion in der Politischen Abteilung unterstützt er die Partei bei der strategischen Aus-



richtung, der Themensetzung und der Erarbeitung von Positionen. Er ist unter anderem zuständig für das Monitoring politisch relevanter Debatten und soll mithelfen, dass die SP frühzeitig und mit fundierten Vorschlägen auf gesellschaftliche Herausforderungen reagieren kann. Er wird versuchen, das Fachwissen innerhalb der Partei nutzbar zu machen, und freut sich auf den Austausch mit Mitgliedern auf allen Ebenen. Der bald 33-Jährige hat letzten Herbst seine Dissertation an der Universität Zürich im Fach Publizistikwissenschaft abgeschlossen. Er wohnt mit seiner Familie in Rapperswil-Jona.

Laut einer gegoogelten Quelle bedeutet Pascal «Der Österliche» – ob es sich bei den beiden um Lämmer handelt, wird erst noch herauszufinden sein.

ROTSTICH

Wer einmal lügt ...

Lügen ist eine allenthalben verbreitete Unart. Durchaus auch in der Politik. Und sich der Lüge zu bezichtigen – besser noch: den politischen Gegner beim Lügen zu ertappen und dann gnadenlos zu verpfeifen – das ist geradezu die Kür.

Beispiel 1: Unlängst fragte in einer Fernsehdebatte vor den französischen Präsidentschaftswahlen Nicolas Sarkozy seinen später siegreichen Rivalen François Hollande: «Monsieur Hollande, muss ich es hinnehmen, dass Sie so schamlos lügen?» Die Unterstellung hat dem einen offenbar ebenso wenig genützt, wie sie dem anderen geschadet hat.

Beispiel 2: Gelogen, geflunkert oder mindestens die Wahrheit nur in homöopathischen Dosen preisgegeben: Das hat seinerzeit US-Präsident Bill Clinton, der im Oval Office bekanntlich nicht nur Politik machte.

Beispiel 3: Auch in Deutschland wurde weiland gelogen, dass sich die Balken bogen. So bezichtigte Angela Merkel im Wahlkampf 2005 ihren politischen Gegner Gerhard Schröder des chronischen Schwindelns. Der gab sich aber auch nicht gerade zimperlich und warf der Union dreiste Fälschung von Statistiken vor.

Und in der Schweiz? Da wird nicht gelogen. Ohhhhh nein. Nie, nie, nie würde jemand unredlich sein. Und andere der Lüge zu bezichtigen? Nein, das ginge dann schon gar nicht. Solcherlei musste auch SP-Präsident Christian Levrat erfahren, als er von seinem damaligen freisinnigen Pendant sagte: «Pelli ist ein knallharter Lügner!», was Letzteren dermassen in Rage versetzte, dass er eine Klage erwog. In der Folge legten die beiden Präsidenten jedoch den Disput wieder bei. Und sie brüteten zusammen mit ihren jeweiligen Kommunikationsabteilungen stundenlang über einer dünnen vierzeiligen Erklärung, welche schilderte, wie das Kriegsbeil begraben werde.

Das ist eben gelebte Diplomatie.

Wunder haben Gründe



Ralph Hug (2012):

Eine andere Wahl ist möglich
Wie Paul Rechsteiner Ständerat wurde. Rotpunktverlag Zürich, 184 Seiten, Fr. 24.–.

Paul Rechsteiner schaffte letzten November, was kaum jemand für möglich gehalten hatte: Der SP-Nationalrat liess seinen Gegenkandidaten, SVP-Präsident Toni Brunner, hinter sich und wurde neuer Ständerat des konservativen Kantons St. Gallen. Über diese Ostschweizer Sensation, vor allem aber über den davor geführten Wahlkampf von Paul Rechsteiner erzählt das eben erschienene Buch «Eine andere Wahl ist möglich. Wie Paul Rechsteiner Ständerat wurde».

Im Zentrum des Buches steht die Frage, die sich am Wahlabend wohl viele gestellt haben dürften: Wie war so etwas in St. Gallen bloss möglich? Dieser Frage geht der Autor Ralph Hug, freier Journalist in St. Gallen, aus der Perspektive des Beteiligten nach. Als Mitglied von Rechsteiners Wahlteam war er von Anfang an mit-

tendrin, und so führt er in seinem Buch die Leserinnen und Leser noch einmal durch den Wahlkampf – immer ganz nahe an der Sache dran. Wer sich fragt, wie eigentlich Wahlkampf ganz konkret gemacht wird, erfährt dies mit der Lektüre dieses Buchs hautnah.

Wunder hätten ihre Gründe, schreibt der Autor in der Einleitung. Um diesen Wahlkampf gewinnen zu können, brauchte es einen glaubwürdigen Kandidaten sowie günstige politische Rahmenbedingungen, aber auch gute Wahlkampf-Ideen und vor allem sehr viel Engagement von sehr vielen Leuten. Und so richtet sich das Buch auch an jene, die daran glauben, dass es einen Unterschied macht, ob man sich politisch engagiert oder nicht. Und sich nicht damit zufrieden geben darauf zu warten, dass irgendwann ein Wunder geschieht. (aba)

LESERINNENBRIEFE

Scherbenhaufen vermeiden

Nach den Umfragen sieht es aus, als drohte die Managed-Care-Vorlage zu scheitern. Dafür verantwortlich ist leider auch meine Partei, die SP, die das Referendum unterstützte und sich so auf die Seite der gut verdienenden SpezialärztInnen schlägt. Dass die SP ausser der Einheitskasse keine Alternativen zu bieten hat, ist besonders enttäuschend. Patientenorganisationen, die Hausärztereinigungen, viele im medizinisch-pflegerischen Bereich arbeitende, sozial eingestellte Berufsleute (inklusive vieler Linker) unterstützen die Vorlage. Auch wenn man sie besser hätte machen können.

Ich selber arbeite als Pflegefachmann mit Schwerkranken und Sterbenden im Mobilem Palliative Care Team Spitalregion Winterthur. Wir arbeiten gerade mit denjenigen Hausärztinnen und Hausärzten am besten, welche in einem der Hausarztmodelle (mit Budgetverantwortung) zusammengeschlossen sind. In der Deutschschweiz engagieren sich sehr viele HausärztInnen in solchen Netzwerken. Diejenigen

in der lateinischen Schweiz hingegen haben dies verschlafen – dafür zahlt man dort bis zu 30 Prozent höhere Prämien. Alle reden von der freien Arztwahl. In Winterthur aber machen fast alle HausärztInnen in einem der zwei Netzwerke mit. Die freie Arztwahl ist so auch mit Managed Care garantiert.

Vielmehr sollte aber interessieren, dass mit Managed Care die Behandlungen verbessert werden, weil jemand in der Behandlungskette die Fallführung übernimmt und somit teure Doppelspurigkeiten und Doktorhüpfen verhindert werden. Es zwingt auch alle Beteiligten, besser noch als bisher miteinander zu kommunizieren und jene Untersuchungen und Behandlungen zu verordnen und zu machen, welche im Sinne des Patienten oder der Patientin sind, so wie es das von uns immer unterstützte KVG Art. 56 will: «Wirtschaftlichkeit der Leistungen: Der Leistungserbringer muss sich in seinen Leistungen auf das Mass beschränken, das im Interesse der Versicherten liegt und für den Behandlungszweck erforderlich ist.» Dies ist leider noch lange nicht

immer der Fall. Ausserdem sind die Ärzte in den Hausärzternetzwerken dazu verpflichtet sich regelmässig weiterzubilden und an Qualitätszirkeln teilzunehmen.

Die steigenden Krankenkassen(kopf)prämien belasten immer mehr Haushalte. Das müsste eigentlich der SP Grund genug sein, endlich Hand zu bieten, die Gesundheitskosten wenigstens zu stabilisieren – auch über den unpopulären Weg des Portemonnaies. Dafür muss einerseits geschaut werden, wo ohne Leistungseinbusse effizienter gearbeitet werden kann (Managed-Care-Modelle auch in der ganzen Schweiz), andererseits muss die öffentliche Hand sich wieder mehr an den Gesundheitskosten beteiligen. Dass der Risikoausgleich verbessert wird, ist ein zusätzliches Argument, diesen Kompromiss, welcher letztlich entgegen der Propaganda der SP halt doch den PrämienzahlerInnen und den PatientInnen zugute kommt, zu unterstützen.

Christoph Schürch,
Dipl. Pflegefachmann HöFa1,
Alt-Kantonsrat SP, Winterthur

22. Juni
**Koordinationskonferenz
der SP Schweiz**

23. Juni
**Delegiertenversammlung
der SP Schweiz**

7. September
**Koordinationskonferenz
der SP Schweiz**

8./9. September
**Ordentlicher Parteitag
der SP Schweiz**

1. Dezember
**Delegiertenversammlung
der SP Schweiz**

www.spschweiz.ch

SP FRAUEN SCHWEIZ

13. Juni, 19.15 Uhr
**Lancierung der Kandidaturen für
das Co-Präsidium der SP Frauen**
im Progr in Bern, mit Yvonne Feri
und Barbara Stalder Ritschard

18. August, 10–16 Uhr
Frauenkonferenz
Lausanne

www.sp-frauen.ch

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,
3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 43310 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
abo@spschweiz.ch

abo@spschweiz.ch

Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger
(SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solo-
thurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt),
Ruedi Brassel (SP Baselland), Daniel Furter (SP
Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aar-
gau), Pascal Ludin (SP Kanton Luzern), Benedikt
Knobel (SP Kanton Thurgau), Leyla Gül (SP
Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion
andrea.bauer@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

mueellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29.5.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 6.8.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

**In folgenden Seminaren sind noch
einige Plätze frei.**

D2.4.1209
**Ein schwieriges Gespräch steht
bevor**

20.8. in Ostermundigen;
Selbst- und Fremdbild, Modelle
und Techniken der Kommunikation,
Gesprächsvorbereitung. Referentin:
Emiliana Della Torre (Movendo)

D2.5.1208
**Erfolgreiche Berufs- und Lebens-
gestaltung**

29.–31.8. in Wangs;
Persönliche und berufliche Standort-
bestimmung, Ressourcen, Fähigkei-
ten und Stärken, berufliche Mög-
lichkeiten, Berufs- und Lebensziele,
Aktionsplan. Referent: Christoph
Dengler (S&B Institut)

D2.1.1205
**Wir werden immer älter – welche
Folgen hat das?**

29.8. in Zürich;
Ausmass der demografischen
Alterung, wirtschaftliche Zusammen-
hänge, Folgen des Wandels in Bezug
auf die Sozialwerke. Referent: Daniel
Lampart (SGB)

D2.3.1203
**Soziale Absicherung bei Krankheit,
Unfall und Invalidität**

3.–4.9. in Oberdorf SO;
Funktionsweise, Leistungen,
Anspruchsvoraussetzungen und Fi-
nanzierung von IV, UV, KV, Zukunft-
perspektiven und gewerkschaftliche
Positionen. Referentinnen: Doris
Bianchi (SGB), Christine Goll

Die Kosten für Gewerkschaftsmit-
glieder werden meistens von der Ge-
werkschaft getragen. Mit deiner An-
meldung klären wir die Kostenfrage
ab und informieren dich.

SP-Mitglieder, die nicht Gewerk-
schaftsmitglied sind, profitieren vom
reduzierten Tarif. Weiter kann bei
Monika Bolliger (SP Schweiz, Telefon
031 329 69 91) finanzielle Unter-
stützung beantragt werden.

Die Anmeldung erfolgt online: [www.
movendo.ch](http://www.movendo.ch), Mail: info@movendo.ch,
Telefon 031 370 00 70 oder Fax 031
370 00 71

CARTE BLANCHE



Susi Stühlinger *1985
ist WOZ-Inlandredaktorin
und Vize-Präsidentin der
AL-Schaffhausen

Den Armen geklaut, an die Reichen verteilt

«Ein kleines Paradies» möchte der nördlichste Kanton der Schweiz gerne sein, zumindest wenn es nach den Köpfen von Schaffhausens Standortmarketing-Leuten geht. Mittelständische Familien aus der Züri-Agglomeration will der hoffnungslos überalterte Kanton anlocken und wirbt mit schöner Landschaft, guter Infrastruktur, günstigen Mieten und so weiter. Gleichzeitig scheint die bürgerliche Mehrheit in Regierung und Parlament alles daran zu setzen, die mittelständischen Familien zu vertreiben. Von den Steuersenkungen im letzten Jahrzehnt haben vornehmlich hohe und höchste Einkommen profitiert – nun klafft ein Loch in der Kantonskasse, das nicht nur wichtige anstehende Investitionen in die Infrastruktur bedroht, sondern auch direkte Auswirkungen auf all jene hat, die nicht mit Top-Salären entlohnt werden. Unter dem Druck des Finanzlochs strich der Schaffhauser Kantonsrat vergangenes Jahr die Prämienverbilligung zusammen, ein Drittel der Wohnbevölkerung ist davon betroffen – darunter zahlreiche Familien mit Kindern.

Ganz unbekannt scheint dieses Phänomen nicht – in einer Zeit, in der europäische Staaten unter dem Druck der Euro-Krise Sparpakete schnüren, die nicht nur die Ärmsten, sondern auch den breiten Mittelstand empfindlich treffen. Wir sind zum Glück in der Lage, bei Weitem keine griechischen Verhältnisse beklagen zu müssen – doch die Mechanismen sind dieselben: Gespart wird bei denen, die wenig haben, weil man jene, die zu viel hatten, jahrelang hofiert hat. Im Falle des Schaffhauser Sozialabbaus hat sich die Linke gewehrt und innert Rekordfrist eine Initiative eingereicht, die dem Prämienverbilligungsklau einen Riegel schieben soll – unterschrieben haben längst nicht nur «Arme» und «Linke». Unter dem Druck der im Herbst stattfindenden Gesamterneuerungswahlen muss die bürgerliche Kantonsregierung nun husch einen Gegenvorschlag zusammenschustern. Ob die Bevölkerung damit zu besänftigen ist? – In Frankreich haben die WählerInnen dem grosskapitalfreundlichen Regime von Nicolas Sarkozy einen Denkart zettel verpasst – die Schaffhauser StimmbürgerInnen sollten es ihnen gleichtun. Die Imagekampagne «Schaffhausen – ein kleines Paradies» hatte im Bezug auf das Anlocken von ZuzügerInnen bislang übrigens kaum Erfolg. Und selbst wenn die Steuersenkungen der letzten Jahre tatsächlich dem Mittelstand zugute gekommen wären – in Studien über die Standortattraktivität rangiert der Steuerfuss regelmässig unter ferner liefen.



DER KLIMAWANDEL VERSCHÄRFT DIE WASSERKRISE.

Helfen Sie uns, Menschen in Dürreregionen mit ausreichend Wasser zu versorgen. Damit sie auch in der Not genug zu trinken haben und ihre Felder bewässern können. www.helvetas.ch



Jetzt per SMS 30 Franken spenden:
Wasser 30 an 488.

Unterstützt durch

 **GEBERIT**



HELVETAS

Handeln für eine bessere Welt